

vom Ratsbüro genehmigt
am: 12. Dez. 2000

PROTOKOLL

der **17./18.** Sitzung
vom Dienstag, 5. Dezember 2000
1. Teil 16.00 - 18.10 Uhr
2. Teil 19.15 - 23.20 Uhr

Grossratssaal der Rathauslaube

Vorsitz: Susanne Günter (FDP)

Protokoll: René Gisler (Nichtmitglied)

Stimmzählerinnen: Verena Bucher (SP) und Gertrud Walch (SVP)

Anwesend: von total 50 Mitgliedern:
Ratspräsidentin und 47 Mitglieder
5 Stadträte

Entschuldigt **für die ganze Sitzung** : Marco Heer (JPS)
Ruedi Widtmann (OeBS)

Für den Anfang der Sitzung: Diana Ceppi (JPS)
Jakob Deppe (FDP)
Peter Käppler (SP)
Gertrud Walch (SVP)

Für den Schluss der Sitzung: Hanspeter Meier (SVP)

**Traktandum 1: Voranschlag 2001 einschl. WOV Globalbudget 2001
der Einwohnergemeinde Schaffhausen**

Seite 577

PENDENTE GESCHÄFTE

- Vorlage des Büros des GrSR vom 7. Dez. 1999 - Erarbeitung eines Pflichtenheftes für Baukommissionen und allenfalls einer ständigen Bau-Fachkomm. SPK
- VdSR vom 16. Mai 00 - Projekt heroingestützte Behandlung in der Stadt SH SPK
- VdSR vom 20. Juni 2000 - Entwicklung der Koordinationsstelle für familienergänzende Kinderbetreuung: Neueinstufung u. Stellenplananpassung SPK
- INTERPELLATION Peter Neukomm (SP) vom 22.08.00 - Fusswegnetz
- VdSR vom 29. Aug. 2000 - Allg. Verkaufsbedingungen 2000 (AVE 2000) - (Verordnung 2000 für die elektr. Energieabgabe und Rücklieferung) SPK
- INTERPELLATION Walter Hotz (FDP) vom 5.09.00
"Dienstleistungen für Dritte"
- INTERPELLATION Alfred Zollinger (SVP) vom 19.09.00
"Galgenbucktunnel"
- VdSR vom 26. Sep. 2000 - Stadion Breite, Erweiterung Garderoben SPK
- VdSR vom 7. Nov. 2000 - Anpassung der Entschädigung für das Schulpräsi./ Aufwandbezogene Zulagen für bes. Aufgaben für die Mitglieder des Stadtschulrates SPK
- INTERPELLATION Thomas Hauser (FDP) vom 3.11.00
SHPL und Schulhaus am Kirchhofplatz 19 wie weiter?
- INTERPELLATION Bernhard Egli (OeBS) vom 7.11.00 -
"Verwaltungspolizei ins Haus zum Eckstein"
- MOTION Bernhard Egli (OeBS) vom 7.11.00 - "Bahnhof Herblingen"
- VdSR vom 8. Nov. 2000 -
Veselbständigung der Städt. Werke Schaffhausen und Neuhausen a/Rhf. SPK
- INTERPELLATION Bea Hauser (SP) vom 21.11.00:
- VdSR vom 14. Nov. 2000 - Reorganisation des Museums zu Allerheiligen und Integration des Kulturdienstes SPK
- VdSR vom 21. Nov. 2000 Beteiligung der Städtischen Werke an der "Bioenergie Schaffhausen AG" SPK
- VdSR vom 21. Nov. 2000 Stadtgärtnerei u. Friedhofverwaltung; Erhöhung Globalbudget für Schadensbehebung im Waldfriedhof nach Sturm "Lothar"

Kleine Anfragen von

Walter Hotz (FDP): Verkehrssituation Bachstrasse	18.10.00	12/2000
Peter Möller (GB): Die gültigen Erlasse der Stadt SH im Internet	2.11.00	14/2000
Dr. Raphaël Rohner (FDP): Buslinie 4 Richtung Emmersberg (Säntisstrasse/Grenzstrasse)	3.11.00	15/2000
Dr. Raphaël Rohner (FDP): Öffentliche Sprechstunden des Stadtrates	15.11.00	16/2000
Theres Brambrink (FDP): Anbindung des Stadttheaters an das Parkhaus Herrenacker	17.11.00	17/2000
Rolf Amstad (SP): Erweiterung VBSh Linie Herblingen - Stetten	19.11.00	18/2000

BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE**Traktandum 1 Voranschlag und Steuerfuss 2001 der Einwohnergemeinde SH**

Der Grosse Stadtrat genehmigt mit **47 : 0 Stimmen** den Leistungsauftrag und die **Globalbudgets 2001 für die fünf Pilotabteilungen WOV.**

In der Detailberatung zum Voranschlag 2001 heisst der Rat folgende Änderungen gut:

Laufende Rechnung:

Seite 16 **0140 318.00 Jugendparlament**

Auf Antrag von A. Zollinger (SVP) entscheidet der Rat mit 43 : 0 Stimmen, den Beitrag von Fr. 5'000.-- zu streichen (Auflösung des Jupa).

Seite 84 **3010 435.20 Museum Einnahmen Museums-Shop**

Diese Ertragsposition kann gemäss SR Th. Feurer um Fr. 4'500.-- auf Fr. 20'000.-- erhöht werden.

Seite 106 **3501.365.70 Beitrag an Verein SH Freizeitzentren (VSFZ)**

Auf Antrag der GPK-Mehrheit wird der Betrag um Fr. 50'000.-- auf neu Fr. 382'000.-- aufgestockt.

Der Antrag der GPK-Mehrheit obsiegt mit 34 : 8 Stimmen über den Antrag von Th. Hauser (FDP), welcher eine Erhöhung von lediglich Fr. 10'000.-- vorsah. Vorgängig obsiegt der Antrag von Th. Hauser (FDP) mit 31 : 6 Stimmen über die Anträge von A. Zollinger (SVP) und Ernst Gründler (FDP), welche den Beitrag bei Fr. 332'000.-- belassen wollten.

Investitionsrechnung:

Seite 226 **211 503.25 Turnhalle Buchthalen, Sanierung**

Auf Antrag von H. Ith (SVP) entscheidet der Rat mit 30 : 4 Stimmen, den Betrag von Fr. 420'000.-- im Budget zu belassen. (Der Streichungsantrag war vom Stadtrat via GPK eingebracht worden.)

Zusammen mit den ergänzenden Anträgen der GPK vom 5. Dezember 2000, welche diesem Protokoll beiliegen, ergeben sich in der Laufenden Rechnung des Voranschlages 2001 ein Defizit von Fr. 2'870'400.--, in der Investitionsrechnung ein Fehlbetrag von Fr. 8'906'800.--.

In der Schlussabstimmung genehmigt der Grosse Stadtrat mit **42 : 0 Stimmen** die Anträge des Stadtrates wie folgt:

1. Der Voranschlag für das Jahr 2001 wird genehmigt und gemäss Art. 11 lit. a der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum unterstellt.
2. Der Gemeindesteuerfuss wird auf 112% festgesetzt und gemäss Art. 11 lit. b der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum unterstellt.
3. Die folgenden Ausgaben werden gemäss Art. 11 lit. d der Stadtverfassung einzeln dem fakultativen Referendum unterstellt:

210.503.30	Schulraumplanung Breite/Steig, Projekt	Fr. 250'000.--
310.503.10	Museum, Sicherheitseinrichtungen	Fr. 250'000.--
301.503.30	Museum; Kammgartrakt Baumgartenstr. Nutzung 5. OG für naturkundl. Lagerbestände	Fr. 600'000.--
350.524.20	KSS; Lüftungsanlagen	Fr. 420'000.--

4. Der Stadtrat wird ermächtigt, die im Jahre 2001 benötigten fremden Mittel zu beschaffen.

Das Geschäft ist erledigt.

BEGRÜSSUNG

Ratspräsidentin Susanne Günter eröffnet die Ratssitzung mit der Begrüssung der Ratskolleginnen und Ratskollegen, Frau Stadträtin, der Herren Stadträte, der VertreterInnen der Medien sowie der BesucherInnen auf der Tribüne.

Die Ratspräsidentin gratuliert zu Beginn der Sitzung den bestätigten und neu gewählten Mitgliedern des GrSR. Sie bedauert, dass einige bisherige Ratsmitglieder nicht mehr bestätigt wurden. S. Günter dankt sowohl diesen als auch den nicht mehr zur Wahl angetretenen bisherigen VolksvertreterInnen auch im Namen der BewohnerInnen der Stadt SH für die im Rat zum Wohl der Allgemeinheit geleistete Arbeit.

Mitteilungen:

NEU EINGEGANGENE GESCHÄFTE SEIT DER LETZTEN SITZUNG:

VdSR vom 14. November 2000 - Reorganisation des Museums zu Allerheiligen und Integration des Kulturdienstes

Das Büro schlägt dem Rat vor, dieses Geschäft in einer 13er-SPK vorzubereiten, die Besetzung der SPK bzw. die erste Sitzung aufs neue Jahr zu verschieben, damit die durch die Wahlen des GrSR bedingten Ratsmutationen mit berücksichtigt werden können.

Einladende Fraktion ist die SP.

VdSR vom 21. November 2000 - Beteiligung der Städt. Werke an der "Bioenergie Schaffhausen AG"

Das Büro schlägt dem Rat vor, dieses Geschäft in einer 11er-SPK vorzubereiten, die Besetzung der SPK bzw. die erste Sitzung aufs neue Jahr zu verschieben, damit die durch die Wahlen des GrSR bedingten Ratsmutationen mit berücksichtigt werden können.

Einladende Partei ist die OeBS.

VdSR vom 21. November 2000 - Stadtgärtnerei und Friedhofverwaltung; Erhöhung Globalbudget für Schadensbehebung im Waldfriedhof nach Sturm "Lothar" (Nachtragskredit)

Das Büro schlägt dem Rat vor, dieses Geschäft direkt zu traktandieren.

VdSR vom 21. November 2000 - Orientierungsvorlage betr. Strukturreform Schulreferat/Stadtschulrat/Kompetenzdelegation an die Schulhäuser durch Einrichtung von Schulleitungen

Diese Vorlage enthält keine Anträge und dient anscheinend lediglich zur Kenntnisnahme.

Um unnötige Diskussionen zu vermeiden, was mit gewissen Schriftstücken aus dem Stadtrat geschehen soll, bittet das Büro den Stadtrat, folgende Terminologie zu beachten:

Schriftstücke mit dem Titel Vorlage des Stadtrates sollen Bericht und Antrag enthalten. Eine Vorlage muss im Rat behandelt werden.

Schriftstücke mit dem Titel Bericht des Stadtrates werden dem Rat zur Kenntnisnahme ausgehändigt und sollen keine Anträge enthalten. Berichte z.K. werden im Rat nicht traktandiert.

Sowohl Vorlagen als auch Berichte des SR dienen der Orientierung. Eine Orientierungs-Vorlage ohne Anträge ist daher ein Bericht und keine Vorlage! Das Büro bittet Sie, dies zur Kenntnis zu nehmen.

SR-Beschluss vom 7. November 2000
Investitionsprogramm 2000 - 2005 zur Kenntnisnahme

Beantwortet wurden vom SR folgende **KLEINE ANFRAGEN:**
mit Datum vom 14. November 2000 jene von Iren Eichenberger (OeBS) vom 27. Okt. 2000 betr. Busangebot für das Multiplexkino im Herblingertal (Lauf-Nr. 13) sowie mit Datum vom 5. Dez. 2000 jene von Urs Tanner (SP) vom 20. Sep. 2000 betr. E-Voting: Teilnahme der Stadt Schaffhausen an einem Pilotversuch (Lauf-Nr. 11).

Verhandlungsbereit ist folgendes Geschäft gemeldet worden:
VdSR vom 26. Sep. 2000 - Stadion Breite, Erweiterung Garderoben.
Dieses Geschäft wird auf die Traktandenliste der Sitzung vom 19. Dez. 00 gesetzt.

PROTOKOLL

Das Ratsprotokoll Nr. 16 vom 21. November 2000 wurde vom Ratsbüro geprüft und genehmigt. Es liegt beim Ratssekretär auf und kann dort heute eingesehen werden. Anmerkungen hierzu werden keine angebracht.

TAGESORDNUNG

Die Traktandenliste zur heutigen Sitzung wurde rechtzeitig zugestellt.
Die Tagesordnung wird gutgeheissen.

**Traktandum 1: Voranschlag 2001 einschl. WOV Globalbudget 2001
der Einwohnergemeinde Schaffhausen**

EINTRETENSDEBATTE

Die Ratspräsidentin verweist eingangs auf die vorgängig dieser Sitzung ausgehändigten Unterlagen. Es handelt sich um

- den korr. Leistungsauftrag WOV 2001 für das Vormundschafts- u. Erbschaftsamt
- das korrigierte Budget 2001 der VBSH, datiert vom 7.11.00
- die GPK-Anträge, bereinigt per 5. Dez. 2000.

Die GPK-Anträge gelten bei der Budgetberatung als gestellt.

Dieses Geschäft wurde in der GPK vorberaten.

Esther Bänziger (SP)

Präsidentin der GPK *

"Kaum zu glauben, aber es hat sich gelohnt, dass ich die Budgetrede so zu sagen im letzten Moment verfasste: So kann ich Ihnen denn dank des Fehlers des Bundesamtes für Statistik, welches die Jahresteuern berechnet, zu Beginn unserer heutigen Debatte eine frohe Botschaft übermitteln: die Teuerung liegt doch nicht bei 2,3%, so dass wir vermutlich das ausgeben müssen, was im Budget steht, und die zusätzlichen Fr. 600'000.-- wieder aus den Zusatzanträgen streichen oder allenfalls

anders verwenden können; für das Personal brauchen wir sie jedenfalls nicht! Darüber bin ich sehr glücklich, sieht ja das Budget 01, sprich die Finanzsituation der Stadt Schaffhausen, nicht berauschend aus.

Nachdem unsere Finanzreferentin Veronika Heller am 13.9.2000 das Budget 01 den Medien präsentierte, betitelten die "SN" am 14.9.00 ihren Bericht über die Pressekonferenz mit "Unbefriedigendes Budget der Stadt". Die "az" nahm's ein wenig moderater und stellte ihren Artikel unter den Titel: "Das Steuergesetz als grosse Unbekannte". Im Vorspann hiess es dann aber auch, Veronika Heller habe keine gute Botschaft zu überbringen!

Nun, auf diese Steuern möchte ich gerade zuerst eingehen: Leider sind wir in Schaffhausen nicht so vom Glück gekrönt wie andere Städte, Gemeinden und Kantone in der Schweiz. D.h., es sind leider (noch?) keine bedeutenden Mehreinnahmen bei den Steuern zu erwarten, und wie bekannt ist, ist eben auch die städtische Bevölkerung nicht im Wachstum begriffen. Die "grosse Unbekannte" existiert deshalb, weil die Auswirkungen des neuen Steuergesetzes nicht bekannt sind, sicher nicht während der Budgetierungsphase. Vielleicht kann aber Veronika Heller heute etwas Genaueres dazu sagen, eventuell gar etwas Positives. Das würde uns natürlich ebenso freuen wie das Geschenk des falsch berechneten Landesindex der Konsumentenpreise!

Also, das Budget 01 ist laut "SN" unbefriedigend, ich würde mal sagen, es begeistert mich nicht. Wir dürfen nämlich die Relationen nicht aus dem Auge verlieren: bei prognostizierten Einnahmen von ca. Fr. 179,2 Mio und Ausgaben von ca. Fr. 182,2 Mio ergibt sich ein Defizit von rund Fr. 3 Mio. Das sind also nicht einmal 2% der geplanten Einnahmen.

Ich bin jedoch damit einverstanden, dass wir mit dem Geld nach wie vor äusserst haushälterisch umgehen müssen! Es wird ja gespart, wo irgend möglich, und z.T. liegt nicht einmal das Nötige drin, z.B. höhere Investitionen im Schulbereich. Darauf kommen wir noch zurück. Der Unterhalt der Gebäude und Anlagen lässt ebenfalls nach wie vor zu wünschen übrig!

Das Rohbudget der Laufenden Rechnung ging von über Fr. 9 Mio Defizit aus. Daran erkennen Sie, wie viel eventuell nur Wünschbares, vielleicht aber auch Notwendiges, gestrichen wurde! Die Finanzreferentin stellte im Sommer den Referaten die Hausaufgabe, für den Investitionsplan 01 - 05 Fr. 14 Mio zu streichen. Als im Spätherbst alles zusammen kam, waren es Fr. 4 Mio mehr! Und ich denke wirklich nicht, dass darunter nur Luxus aufgeführt war!

Es wird also hart gerungen, um die Finanzen im Griff zu behalten, keine Spur von unbedarftem Geldausgeben!

Angesichts dieser Tatsachen scheint es klar zu sein, dass über Steuersenkungen nicht ernsthaft nachgedacht werden kann. Ich finde sowieso, dass das immer so verführerisch tönt! Seien wir doch ehrlich: die Steuern könnten höchstens derart minim gesenkt werden, dass das den normal Verdienenden - das ist die grosse Mehrheit - kaum etwas bringen würde! Und ich persönlich finde halt, dass ich z.B. als alleinlebende Frau mit keinem Spitzen-, aber bereits einem überdurchschnittlichen Einkommen, die Steuern gerne bezahle!

Gute öffentliche Dienste wie Schulen, Polizei, Heime, Verkehr, usw. stellen für mich etwas äusserst Zentrales dar, und da bin ich gerne bereit, meinen Teil dazu beizutragen! Für mein Verständnis bin ich der Gemeinschaft schuldig, und das, wie erläutert, im ganz positiven Sinne. Wo kommen wir denn hin, wenn jede und jeder nur für sich schaut, ständig damit beschäftigt ist, noch mehr Kapital anzuhäufen? Nach meiner Auffassung sind wir eine Gemeinschaft, und keine Einzelindividuen ohne irgend einen Zusammenhalt!

Jetzt bin ich ein wenig abgeschweift, ich muss Ihnen das Budget 01 erläutern: Die vermuteten Einnahmen und Ausgaben habe ich aufgeführt, ebenso den zu erwartenden Aufwandüberschuss. Der Selbstfinanzierungsgrad liegt bei relativ mageren 37%. Diese Kennzahl sagt etwas darüber aus, ob wir über Geld zum Investieren verfügen. (In Klammer: der Kanton, der eigentlich auch ständig über seine Finanzlage jammert, und immer mehr Aufgaben an die Gemeinden delegiert, kann mit einem Selbstfinanzierungsgrad von - seit gestern korrigiert - 79% aufwarten! Und sein budgetiertes Defizit beträgt jetzt nur mehr eine knappe halbe Million Franken bei etwa Fr. 445 Mio. Einnahmen. In Bezug auf die Abgeltung von Zentrumsleistungen an die Stadt ist der Kanton bekanntermassen ebenfalls nicht grosszügig. Z.B. bezahlt er seit Jahren an das Museum, das Stadttheater und die Stadtbibliothek je Fr. 165'000.--, wahrlich kein fürstlicher Beitrag! Darüber wird jedoch hoffentlich in Bälde ernsthaft diskutiert, beziehungsweise der Handlungsbedarf anerkannt!)

Vor dieser Klammer zum Kanton war ich am Erklären, dass wir zu wenig Geld zum Investieren haben. Hier sieht es denn recht ungemütlich aus! Ich habe bereits erwähnt, dass die Referate in dieser Beziehung streng über die Bücher gehen mussten. Die Bruttoinvestitionen betragen gerade noch Fr. 14,5 Mio. Vor einem Jahr flossen Fr. 21 Mio. in bauliche Massnahmen, für 01 sind bloss Fr. 11,5 Mio dafür reserviert, wobei diesbezüglich angefügt werden muss, dass sich die Stadt während der rezessiven Phase antizyklisch verhalten hat, und jetzt schon etwas zurückfahren darf!

Aber, wie anfänglich ausgeführt, ist tatsächlich nur das absolut Unumgängliche vorgesehen, nämlich bereits mal Fr. 2 Mio. für die "Röti", Fr. 2 Mio. für Schulhaussanierungen, daneben gibt es v.a. Investitionen im Bereich der Computertechnik.

Was kaum beeinflussbar ist, sind die stetig steigenden Sozialausgaben. Zwar sinkt die Zahl der Arbeitslosen, aber es steigt die Zahl der Langzeitarbeitslosen, d.h. der Ausgesteuerten! Für AHV- und IV-Ergänzungsleistungen müssen Fr. 700'000.-- mehr ausgegeben werden, für die Sozialhilfe Fr. 800'000.-- mehr. Tendenz eher steigend! Stadtrat Thomas Feurer äussert sich vermutlich noch dazu.

Es ist auch so, dass die einmaligen Einnahmen von Fr. 1,7 Mio durch den Verkauf der Polizeimittel an den Kanton nun in die Laufende Rechnung einfliessen müssen und leider nicht, wie erhofft, zum Schuldenabbau verwendet werden können. Daraus wird ebenfalls deutlich ersichtlich, dass wenig bis kein Spielraum vorhanden ist, was Thomas Jaquet an der Pressekonferenz zum Budget 01 frustrierend fand. Trotz aller Anstrengungen sieht es einfach nicht besser aus - man wird um weitere Sparmassnahmen in den kommenden Jahren nicht herumkommen!

Nochmals: wer an Steuersenkungen denkt, nimmt den Ernst der Lage nicht wahr!

Der Finanzierungsfehlbetrag beträgt nämlich Fr. 7,5 Mio! D.h. neue Schulden sind unvermeidlich, und die Bruttoinvestitionsquote sinkt ebenso, sie liegt bei ca. 8%! Der Stadtrat hat den Ernst der Lage erkannt und darum erstmals einen Massnahmenplan ausgearbeitet und vorgelegt. Darin geht es eigentlich darum, das ganze Personal nochmals aufzufordern, nach Sparmöglichkeiten zu suchen, Ideen einzubringen und Projekte zu entwickeln.

Die Abschreibungen sind bei 10% des Buchwertes an der untersten Limite angelangt!

All das erfuhr die GPK während der Eintretensdebatte zum Budget 01 am 14.9.2000. Und was wollen wir? Wir erkennen und anerkennen die grossen Anstrengungen der Verwaltung und traten deshalb einmütig - mit 7:0 Stimmen - auf das Budget 01 ein.

Hernach hiess es für jedes einzelne GPK-Mitglied, das Budget 01 gründlich im Alleingang zu studieren und zu hinterfragen! Am 17.10.2000 trafen wir uns dann zu den jeweiligen Gruppenarbeitssitzungen, anlässlich derer wir die Fragenkataloge an die Referate erstellten. (Je drei GPK-Mitglieder behandelten je die Hälfte des dicken Buches, ich das Ganze, weil ich logischerweise an beiden Gruppensitzungen teilnehmen will.)

In einer ersten Runde am 25.10.2000 (daran nahmen Veronika Heller, Thomas Jaquet und Fredi Stamm teil), wurden uns die Fragen beantwortet, auf welche die Zentralverwaltung die Antworten in Erfahrung bringen konnte und die nicht von besonderer politischer Brisanz sind. Alle hängigen Fragen gingen zurück an die Referate und wurden uns am 15.11.2000 direkt von den jeweiligen Referenten beantwortet. Ratsekretär René Gisler muss für diese Doppelsitzung immer einen ausgeklügelten Terminplan erstellen.

Am Schluss dieser Sitzung passierte etwas, was ich in den 6 Jahren meiner GPK-Tätigkeit nie erlebt habe: kurz vor der Abstimmung über die Ueberweisung des Budgets 01 durch die GPK an den Grossen Stadtrat verliess Ernst Gründler in Windeseile den Saal - und Ernst Spengler stimmte gegen das Budget 01, obwohl während all der vielen Arbeitsstunden nie, aber auch gar nie, irgend ein Kürzungsantrag oder eine diesbezügliche Bemerkung gefallen wäre!

Die GPK hat also nur mit 5:1 Stimmen, bei einer Abwesenheit, das Budget 01 an den Grossen Stadtrat überwiesen!

An dieser Stelle muss ich leider Ernst Gründler und Ernst Spengler rügen! In dieser Zusammensetzung haben wir vier Jahre gearbeitet und ich habe es immer mehr oder weniger konstruktiv und konsensorientiert empfunden. Ich konnte mich am Jahresende jeweils ehrlich für die angenehme Zusammenarbeit bedanken. Rügen muss ich die GPK-Kollegen deshalb, weil mindestens aus meiner Sicht dieses Verhalten nicht angeht. Wir alle, Parlamentarierinnen und Parlamentarier, sind vom Volk gewählt und das Parlament wählt später sieben Mitglieder aus, welche die GPK darstellen. Und dadurch haben wir, für mein Empfinden, noch mehr Verantwortung und Pflichten zu übernehmen.

Ich jedenfalls habe dieses Amt sehr ernst genommen, was man von den beiden "Ernstern" auch erwarten müsste. Es ist doch nicht möglich, ohne Anträge, Fundamentalkritik oder Aehnlichem, und nach Eintreten auf das Budget 01, diesem plötzlich nicht zuzustimmen.

Ich bin jedenfalls gespannt auf die Argumente, die vermutlich heute aufgetischt werden.

Item, wir überweisen das Budget 01 jedoch mehrheitlich an Sie, und stellen Ihnen noch verschiedene Zusatzanträge, die Sie letzte Woche in der Post bzw. heute auf Ihren Pulten vorgefunden haben. Daraus ersehen Sie, dass sich das Defizit bei der Laufenden Rechnung erhöhte, wegen der vermeintlichen Teuerung --- und nun, oh Wunder, wenn wir die Fr. 600000.-- abziehen, es unter das in der Botschaft des Stadtrates vorgesehene zu stehen kommen wird. Das Defizit befindet sich also vor den jetzt anstehenden Verhandlungen bei Fr. 2'829'900.--.

Bei den Investitionen wurde erneut der Rotstift angesetzt, so dass diese von Fr. 9'031'800.-- auf Fr. 8'486'800.-- sinken! Die Sanierung der Turnhalle Buchthalen sowie die Heizungssanierung im "Käfig" wurden auf das Jahr 02 aufgeschoben. Dafür wird in der Stadtgärtnerei/Friedhofverwaltung der Bau einer Holzschnitzel-Heizung vorgezogen, weil das noch Bundessubventionen auslöst.

Hier schiebe ich ein, dass die VBSH dank den neuen Tarifmassnahmen ebenfalls ein um Fr. 250'000.-- verbessertes Budget 01 vorlegen können.

Daraus ist zu erkennen, dass effektiv sehr ernsthaft um die Finanzen gerungen wird und gerungen wurde!

Es gibt bis jetzt nur noch einen Antrag der GPK nachzutragen: Der VSFZ ist leider anhaltend nicht auf Rosen gebettet, das Weiterführen der angehörigen Institutionen ist gefährdet. Da dieser Verein jedoch bis heute die städtische Jugendarbeit wahrnimmt, scheint es uns ausgeschlossen zu sein, hier etwas aufs Spiel zu setzen. Zudem wurde ja ein Jugendleitbild erarbeitet, das anfangs 01 vorgestellt wird. Also können wir heute sicher nicht etwas in Frage stellen, was ohne Zweifel benötigt wird!

An der letzten GPK-Sitzung war uns der Vermögensbestand des VSFZ nicht bekannt. Wir beschlossen, diesen zu erfragen und je nach dem an Sie heute einen Antrag zu stellen. Im Jahre 00 musste der Verein Fr. 90'000.-- seines Vermögens einfließen lassen, so dass dieses heute knapp Fr. 40'000.-- beträgt. Logisch, dass dieses nicht weiter anzutasten ist - es müssen ja Löhne bezahlt werden.

So beantragt Ihnen die GPK, für den VSFZ einmalig und befristet bis Sommer 01 zusätzlich Fr. 50'000.-- ins Budget 01 aufzunehmen, und zwar mit 5:1 Stimmen, bei einer Enthaltung. Wir haben dieses Thema eingehend diskutiert und sind klar der Meinung, dass die städtische Jugendarbeit endlich auf eine tragfähige Basis gestellt werden muss. Wir erhoffen uns, dass im Frühjahr 01 die Weichen für eine Strukturänderung gestellt und die Umsetzung des Leistungsauftrags an die Hand genommen werden kann. Frau Stadträtin Veronika Heller hat die Idee für dieses Vorgehen in die GPK eingebracht. Es muss einfach unter allen Umständen vermieden werden, dass jetzt Kündigungen ausgesprochen werden müssen.

Der Antrag kommt übrigens heute direkt, weil die Vermögenslage des Vereins geklärt werden musste.

Zudem hatte sich die GPK natürlich auch der Globalbudgets anzunehmen. Das taten wir am 8.11.00 anlässlich einer Sondersitzung, an welcher alle Abteilungsleiter (Frau Meier, SHPL, ist unterdessen ausgeschieden) und der neue Controller Herr Werner Bianchi, anwesend waren.

Vom Stadtrat war Veronika Heller dabei, von der Zentralverwaltung Thomas Jaquet am Anfang der Sitzung.

Für das Vormundschafts- und Erbschaftsamt lagen die Leistungsvereinbarungen nicht vor, der Leistungsauftrag vermochte nicht ganz zu befriedigen. Offenbar ist es gar nicht so einfach, die aussagekräftigen Produkte zu definieren. Unterdessen ist die Vereinbarung erstellt, der revidierte Auftrag auch Ihnen pünktlich vor der Budgetdebatte verschickt worden.

Die GPK stimmte den WOV-Budgets, mit Ausnahme des Vormundschafts- und Erbschaftsamtes, mit 5:0 Stimmen, bei 2 Abwesenheiten, zu.

Ursprünglich war geplant, eine weitere Abteilung als WOV-Betrieb zu führen. Die GPK war darüber nicht begeistert, da es bis anhin nicht reibungslos läuft: die SHPL ist ausgestiegen, das Altersheim "Steig" wurde anfangs 2000 neu aufgenommen, beim Vormundschafts- und Erbschaftsamt ist alles neu aufgegleist und die Entwicklung in der Steuerverwaltung ist angesichts des neuen Steuergesetzes mit u.a. der Einführung der Gegenwartsbesteuerung ebenfalls unklar! Es gibt also für den neu eingestellten Controller genügend Arbeit, auch ohne neue Abteilung. Zudem ist die EDV-Frage noch ungelöst. Es wird, auf Antrag von Stadträtin Veronika Heller, keine neue Abteilung aufgenommen. Mit dieser Entscheidung wird das Budget 01 um Fr. 50'000.-- entlastet.

Die WOV wird jedenfalls noch viel zu diskutieren geben. Wir haben angeregt, Erfahrungen anderer Städte und Kantone einzuholen und auszuwerten. In Winterthur, wo die Versuche bereits seit 1994 laufen, ist z.B. nichts entschieden, im Moment sieht es gar nicht positiv aus. (s. TA vom 29.11.00 und vom 2.12.00) Überall ist die Frage, wie die Parlamente damit umgehen, ungelöst. Und in Winterthur wurde notabene eine Riesendebatte zur Parlamentsreform geführt. Nur schon bis zur Erstellung eines Zwischenberichtes brauchte es 29 Sitzungen, obwohl ein namhafter St.Galler Professor beigezogen werden konnte!

Aus den Anträgen, die wir Ihnen heute stellen, dem Massnahmenplan des Stadtrates, dem harten Ringen um einen akzeptablen Investitionsplan, dem Budget 01, das kaum Gestaltungsraum lässt, sehen Sie, dass die Stadt, sprich die Stadträtin und die Stadträte, samt der Verwaltung, ihre Aufgabe seriös erledigt haben. Daran gibt es meiner Meinung nach nichts zu rütteln!

Die GPK, dieses Jahr leider nicht ganz einmütig, beantragt Ihnen, aufs Budget 01 einzutreten und diesem zuzustimmen.

Abschliessend noch einige Zusatzbemerkungen:

Es fällt mir auf, wie gewisse Budgetposten so zu sagen sakrosankt sind.

Wenn z.B. die Zentralverwaltung für die EDV Fr. 900'000.-- benötigt, dann ist das einfach so, Punkt! Müsste hingegen, konkret dieses Mal, mehr Geld ins Budget 01 genommen werden, damit auch die städtischen OberstufenschülerInnen ab Sommer 01 in den Genuss des verlangten Informatikunterrichts kommen könnten, dann fehlt das nötige Geld. Wobei ich immer noch hoffe, dass es doch noch eine befriedigende Lösung gibt. Schliesslich sind das Zukunftsinvestitionen!

Abgesehen davon läuft im Schulbereich enorm viel: neben der Informatik steht das Frühenglisch an, die Schulen sollten geleitet werden, die LehrerInnenausbildung muss neu konzipiert werden (Pädagogische Hochschulen), die Einschulung der 4-8 Jährigen wird eventuell ganz neu angegangen, in Schaffhausen kommt der neue Lehrplan und das förderorientierte Beurteilungssystem! Das alles ist z.T. sicher nötig und sinnvoll, wird aber Geld kosten! Auch den wunderbaren städtischen Schulversuch mit Blockzeiten, der durch die Einführung von musikalischem Grundunterricht ermöglicht wurde, sollten wir uns unbedingt leisten können (s. "SN" vom 2.12.2000), und zwar flächendeckend. Dafür müssten wir ca. Fr. 500'000.-- in die Hand nehmen. Vergleichsweise wenig, wenn ich bedenke, wofür wir sonst undiskutiert Geld ausgeben können. Den Kindern und den Eltern wären wir das schuldig, finden Sie nicht auch?

Immer wieder haben die KSD und die Finanzkontrolle in der GPK zu reden gegeben. Bei der KSD wurden Schritte eingeleitet, mit dem Kanton zusammen, die zur Verbesserung beitragen sollten. Die Finanzkontrollen des Kantons und der Stadt wurden kürzlich zusammengelegt, was Synergieeffekte bringen sollte. Die Leitung der neuen Abteilung obliegt dem bisherigen städtischen Finanzkontrolleur Fredi Stamm. Wir gratulieren ihm auch an dieser Stelle herzlich zu seiner Wahl!

Seit längerem haben wir einen aktualisierten Stellenplan angefordert, ein scheinbar aufwändiges Unterfangen. Er konnte uns jedoch kürzlich verteilt werden.

Wo ich ehrlich gesagt noch nicht ganz durchsehe, ist der Museumsbereich. Ich hoffe, dass die uns vor kurzem präsentierte, schon lange erwartete Vorlage, mehr Klarheit bringen wird. Sehr gespannt bin ich auf die Resultate des Kulturrates. Für mein Gefühl dauert alles etwas lange, aber vielleicht muss das so sein. Ich bin froh, wenn gründliche Arbeit geleistet wird, was offensichtlich dringend nötig ist. Zu denken gibt mir, dass wir im gesamten kulturellen Sektor kompetente Fachleute verlieren. Kira van Lil, Hallen für neue Kunst, Tina Grütter, Museum, Paul K. Haug, Musikschule, verlassen unsere Stadt. Ich bedaure das ausserordentlich, erfolgt doch von diesen Orten ebenfalls viel Ausstrahlung in die Schweiz, ins nahe und sogar ferne Ausland! Auch das ist, wenn nicht direkt Wirtschafts-, so mindestens Standortförderung!

Das ist also meine letzte Budgetpräsentation, meine 4-jährige GPK-Präsidentschaftszeit ist Ende 00 abgeschlossen. Es war eine lehrreiche, spannende, arbeitsintensive Zeit. Allen, dem Stadtrat, der Verwaltung, d.h. allen Mitarbeitenden, meinen GPK-MitstreiterInnen und vor allem unserem einmaligen Ratssekretär, danke ich ganz herzlich für die meist konstruktive Zusammenarbeit, Offenheit und das mir entgegengebrachte Vertrauen! Ich wünsche insbesondere dem neu zusammengesetzten Stadtrat viel Erfolg bei der Weiterführung seiner anspruchsvollen Aufgabe! Ich hoffe, dass wir von den unglücklichen Halbämtern bald wegkommen werden. Ich denke nämlich, dass ausgeglicheneres Pensen die einzelnen Stadträte und die Stadträtin mehr zusammenführen könnten. Jetzt erleben wir den Stadtrat ja nicht immer als gut funktionierendes Team. Ich hätte mir manchmal gewünscht, mehr Führungswillen und Verantwortungsübernahme zu spüren! Weil nun ein neuer, politisch relativ unerfahrener Stadtrat im Gremium Einsitz nehmen wird, würde ich dem Stadtrat erst recht ans Herz legen, sich hin und wieder "coachen" zu lassen, sich durch externe Fachleute, die die nötige Distanz haben, gemeinsam beraten zu lassen! Für mich ein Muss für diese hochkarätige Arbeit! Ich glaube, heute geht das nicht mehr ohne diese professionelle Begleitung."

Esther Bänziger (SP) Fraktionserklärung

"Die SP-Fraktion schliesst sich dem Ansinnen der GPK einstimmig an, es gibt höchstens noch einige Detailfragen."

Ernst Spengler (SVP) Fraktionserklärung SVP *

"Zuerst möchte ich der scheidenden GPK-Präsidentin herzlich danken für ihren ausführlichen Bericht. Ich kann sie beruhigen. Ich habe die Arbeit in der GPK nicht auf die leichte Schulter genommen. Der Fehler, den ich begangen habe, ist der, dass ich beim Eintreten auf das Budget 2001 nicht mit Nein gestimmt habe. Es steht jedoch nirgends geschrieben, dass man - wenn man auf eine Vorlage eintritt - ihr auch zustimmen muss.

Nun, um es gleich vorweg zu nehmen: Die SVP-Fraktion hätte einem Defizit von 3,4 Mio Franken in der Laufenden Rechnung nie zustimmen können. Nun ist ihr aber das Bundesamt für Statistik zu Hilfe gekommen, indem es die falsch berechnete Teuerung korrigierte. Das von der GPK verabschiedete Budget basierte auf einer Teuerungsrate von 2,3%. Der massgebende Septemberwert beträgt nach der Korrektur nun aber nur noch 1,4%. Folglich ergibt sich daraus bei den Personalkosten eine Reduktion von ca. 700'000 Franken und somit noch ein Defizit von ca 2,7 Mio Franken. In den heutigen Anträgen der GPK steht: *Die Besoldung wird mit 1,4% der Teuerung angepasst, das Budget bleibt unverändert, da mit 1,5% berechnet.* Die Differenz von 0,1 % ergibt einen Betrag von ca. 78'000 Franken, den man eigentlich nach unten korrigieren müsste.

Trotz dieser wesentlichen Verbesserung wäre Euphorie fehl am Platz, denn mit Einnahmen von 1,7 Mio Franken aus der Veräusserung der Polizeimittel und einer Ablieferung der Werke von 3,3 Mio Franken wird die effektive Situation beschönigt. Wie der Stadtrat in seiner Botschaft schreibt, wird damit nur Symptombekämpfung betrieben. Der wunde Punkt ist der, dass die roten Zahlen nicht das Ergebnis des Zusammentreffens einmaliger ungünstiger Ereignisse sind, sondern dass das Problem ein strukturelles ist. Hier ist die Exekutive gefordert, diese harte Nuss zu knacken, sonst kommen wir aus der Schuldenwirtschaft nicht heraus. Eine generelle Hinterfragung aller Dienstleistungen zusammen mit WOV kann dazu beitragen, die Situation zu verbessern.

In der Investitionsrechnung sieht es ebenfalls nicht rosig aus. Trotz erheblicher Reduktion bei den Vorhaben wird massiv auf Pump investiert. Doch mit jeder Neuverschuldung steigen Zins- und Amortisationskosten und engen den Spielraum in der Laufenden Rechnung immer mehr ein. Folglich Bremspedal be- und nicht entlasten!

Die SVP-Fraktion wird mehrheitlich mit Knurren auf das Budget eintreten. Ein Limit von - 2,5 Mio Franken in der Laufenden Rechnung wäre eigentlich das Ziel. Vielleicht ist es in der Detailberatung noch möglich, dieses Ziel zu erreichen."

Thomas Hauser (FDP) Fraktionserklärung FDP

"Normalerweise habe ich auch ein Manuskript für das Eintreten zum Budget. Heute habe ich jedoch nur einen "Fresszettel", denn in diesem Jahr - Esther Bänziger - läuft alles etwas anders. Unsere Fraktionssitzung dauerte von 18 Uhr bis kurz vor Polizeistunde. Erst dann kamen noch Anträge auf Nichteintreten. Am Schluss wusste man gar nicht mehr, was eigentlich gilt in diesem Jahr.

Fazit unserer aufwändigen und sehr komplizierten Fraktionssitzung war, dass nach der Annahme der Steuerfussflexibilisierungs-Initiative durch das Volk eine Steuerfuss-Senkung im Vordergrund stand.

Erstens hat es in diesem Budget - das werden Sie sehen, wenn heute Abend gewisse Anträge kommen - noch diverses Sparpotential. Zweitens sind die Steuereinnahmen viel zu tief budgetiert. Wir sind wirtschaftlich nicht eine Insel in der Ostschweiz. Überall steigen die Steuereinnahmen. Da wird ein Prognostiker in der Stadt Schaffhausen angestellt, der falsch rechnet. Die Steuereinnahmen werden höher sein. Drittens wird das eintreten, was ich immer sage. Ein Finanzreferent oder eine Finanzreferentin liebt es, ein schlechtes Budget vorzulegen und ein Jahr später eine positive Rechnung zu präsentieren und sich dann auf die Schulter klopfen zu lassen. Wenn wir diese drei Sachen zusammen zählen, könnten wir dem Volk ohne weiteres ein positives Zeichen setzen und eine Steuerfuss-Reduktion angehen. 1 bis 2 Prozente bringen aber nicht viel. Also lassen wir es sein, denn die Aussagen, die ich gemacht habe, basieren natürlich auf Vermutungen.

Das Interessanteste wäre - um Schaffhausen nach vorne zu bringen - zu sagen, wir senken den Steuerfuss um 20 Punkte, wir nehmen eine Neuverschuldung von 20 Mio Franken in Kauf. Wenn wir schon die Schulden nicht reduzieren können, dann müssen wir mit einer Gegenstrategie die Sache lösen. Es gibt Gemeinden, die das mit Erfolg getan haben. So können Sie Leute nach Schaffhausen locken. Sie müssen nicht mit einer Schuldenwirtschaft die Leute über den Rhein treiben - Sie müssen sie anziehen. Fragen Sie gewisse Finanzexperten, wie das geht.

Die Fraktion hat nach ausgiebiger Diskussion beschlossen, auf das Budget einzutreten, von einer Steuerfuss-Senkung aber abzusehen. Aber wenn man weiss, was die Steuergesetz-Revision bringt, wie die Einnahmen das nächste Jahr tatsächlich aussehen, müssen Sie damit rechnen, dass wir mit einem Steuersenkungs-Antrag um fünf Punkte hier ins Haus fahren werden.

Noch ein Detail: Frau Bänziger hat gesagt, *mit 5 : 1 bei einer Enthaltung hätte man beim VSFZ dieser Beitragserhöhung um 50'000 Franken zugestimmt*. Ich habe jedoch nur unter dem Vorbehalt zugestimmt, dass das gesamte Vermögen des Vereins aufgebraucht wird und allenfalls die Stadt die Differenz auf diese max. 50'000 Franken übernehmen wird.

Zum Schluss danke ich der GPK-Präsidentin trotz den nun erfolgten zwei Angriffen auf die bürgerliche Seite - Ernst Gründler soll sich selber verteidigen - für die gute Führung während den vergangenen 4 Jahren in der GPK. Es war eine erfreuliche Zusammenarbeit. Frau Bänziger hat die Sitzungen immer seriös vorbereitet."

Ernst Gründler (FDP) Votum *

"Der unserem Rat vorliegende Voranschlag für das Jahr 2001 mit einem voraussichtlichen Aufwandüberschuss von nun Fr. 2'829'900.-- stellt unserer Finanzreferentin jetzt ein besseres Zeugnis aus als vorher. Frau Heller hat es zusammen mit dem Stadtrat nicht fertig gebracht, ein ausgeglichenes Budget für das kommende Jahr vorzulegen.

Im Finanzplan 2000, der noch kein Jahr alt ist, prognostiziert uns der Stadtrat einen Fehlbetrag für 2001 in der Höhe von Fr. 2'322'000.-- in der Laufenden Rechnung. Die Differenz zum heutigen verbesserten Voranschlag ist immer noch gross.

Auch wenn im Vergleich zu Vorjahren mit erhöhten Einnahmen gerechnet wird, resultiert auf der anderen Seite ein verhältnismässig grösserer Aufwand, was mich bedenklich stimmt.

Eine Budget-Rückweisung an den Stadtrat in der GPK mit einer links/grünen Mehrheit hätte bestimmt zu einer Clown-Nummer ausgeartet. So war dann die GPK - ich gehöre auch dazu - einstimmig für Eintreten. Im Lauf der Vorberatungen hat sich das Budget mindestens nochmals um eine 1/2 Million verschlechtert. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn einzelne bürgerliche GPK-Mitglieder danach nicht mehr hinter dem Voranschlag gestanden sind.

Ich werde mich nicht gegen das Eintreten wehren. Mit einigen Streichungsanträgen möchte ich den Voranschlag partiell verbessern.

Mittels Namensaufruf zu einzelnen Voten möchte ich eine klare Aussage unserer Ratsmitglieder provozieren, ob tatsächlich ein Sparwille vorhanden ist, unseren städt. Haushalt nachhaltig zu verbessern oder eben nicht.

Der nun vorliegende Voranschlag unseres Stadtrates provoziert in vornehmlicher Weise ein Budgetreferendum gemäss Art. 11 unserer Stadtverfassung."

Theresia Derksen (CVP) Votum

"Wenn nun das vorliegende Budget 2001 der Stadt Schaffhausen mit einem Defizit von rund 3 Millionen Franken rechnet, muss man sich fragen, ob der Stadtrat wirklich versucht hat, überall wo möglich zu sparen. Den Massnahmenplan haben wir zur Kenntnis genommen.

Nicht nur die Ausgaben im Bereich "Soziale Wohlfahrt" sind massiv gestiegen, sondern auch die Ausgaben in anderen Sachbereichen.

Allerdings stellen wir fest, dass die genehmigte Tarifierhöhung bei den Verkehrsbetrieben in der Budgetierung noch nicht berücksichtigt worden ist und die korrigierte Teuerungsrate das Defizit nochmals etwas reduzieren wird.

Die Rechnung fiel zudem in den letzten Jahren immer besser aus als budgetiert, was uns zur Feststellung veranlasst, dass überall sicherheitshalber wohl grosszügig budgetiert wurde. Thomas Hauser hat sich in ähnlichem Sinne geäussert.

Offen bleibt, ob uns das neue Steuergesetz 2001 höhere Steuereinnahmen bringen und ob das ansteigende Konjunkturbarometer sich in den Steuereinnahmen niederschlagen wird. Wir hoffen es sehr.

Mittelfristig muss die Senkung des Steuerfusses angestrebt werden, damit wir nicht neidisch auf die SteuerzahlerInnen auf der anderen Rheinseite blicken müssen. Heute aber eine Steuerfussenkung bei einem so grossen Budgetdefizit zu beantragen, ist leider zu früh; es sollte doch auch ein gewisser Schuldenabbau ins Auge gefasst werden können.

Mit der Hoffnung und dem Wunsch, dass die Rechnung 2001 doch noch besser ausfällt als das Budget, wird die CVP auf das Budget eintreten und dann auch zustimmen."

Max Zimmermann (parteilos) Votum

"Der Voranschlag 2001 konnte keine positiven Reaktionen auslösen. Es ist jedoch zu sagen, dass das Defizit in Berücksichtigung des Gesamthaushaltes in einem gewissen Streubereich drin liegt. Wenn der SR dann nicht wieder in eigener Kompetenz zusätzliche Ausgaben bewilligt, wie es in der Rechnung 99 der Fall war, wo er Nachtragskredite in der Höhe von 1,9 Mio Franken gesprochen hat (Anmerkung der Redaktion: Es waren Fr. 2'242'000.-- in der Laufenden Rechnung 99), dann bewegt sich das in einem relativ vernünftigen Rahmen.

Wenn man das Budget durchgeht, so stellt man fest, dass man an gewissen Orten gespart hat, aber man hätte noch mehr sparen können oder müssen. Gestern fand die Budget-Debatte im Kantonsrat statt. Sämtliche Parteien übten sich in eiserner Disziplin. Man hat zwar versucht, den Betrag für die üble Geschichte mit den verbilligten Krankenkassenprämien zu erhöhen. Dies ist ebenfalls abgeblockt worden, sodass wir mit einer sogenannten "roten Null" durchgekommen sind. Wir haben versucht, kein Defizit budgetieren zu müssen, weil man nicht weiss, was 2001 in der gesamten Wirtschaft passiert. Die LSVA kommt; wir wissen nicht, ob dies einen Teuerungsschub auslöst. Dann gibt es Leute, welche in die UNO wollen, das kostet auch etwas, ebenso ein allf. Beitritt zur EU. Wenn in Bern etwas beschlossen wird, so werden die Kosten auf die Kommunen abgewälzt, welche dies ausbaden müssen. Es hängt alles in der Luft; die Amerikaner können nicht zählen, wir können nicht rechnen. Ich möchte nicht in der Haut unserer Finanzreferentin stecken, welche tatsächlich nicht weiss, wie sich das mit dem neuen Steuergesetz effektiv auswirkt. Daher wäre auch in der Stadt eine grössere Zurückhaltung gerechtfertigt gewesen.

Wir werden in der heutigen Debatte versuchen, die eine oder andere Position zu reduzieren oder zu streichen." Der Votant erwähnt an dieser Stelle den Stufenanstieg bei den Löhnen. 1 Prozent der Gehälter entspreche einem Betrag von ca. 750'000 Franken.

"Ich danke unserer Finanzreferentin im Voraus. Sie wird wie üblich in den letzten Jahren einen Wunschkatalog gehabt haben, der herunter gefahren werden musste. Wir stehen in der Verantwortung. Das heisst, ein möglichst kleines Defizit zu beschliessen."

Peter Möller (GB) Fraktionserklärung OeBS/EVP/JPS/GB

"Zu Beginn kann ich Ihnen mitteilen, dass die ÖBS/EVP/JUPA/GB Fraktion auf das Budget 2001 der Stadt Schaffhausen eintreten wird. Ich werde versuchen, Sie nun nicht nochmals mit schon Gehörtem zu langweilen und mich daher relativ kurz halten. Über die Änderungen gemäss den Beratungen in der GPK wurden Sie schon von der GPK-Präsidentin ins Bild gesetzt, ebenso über den Verlauf dieser Verhandlungen. Doch kann auch ich es nicht unterlassen, unserer Besorgnis über die finanzielle Entwicklung der Stadt Ausdruck zu geben. Beinahe alle Finanzkennzahlen weisen einen negativen Trend auf, insbesondere der Selbstfinanzierungsgrad von lediglich 37% ist bedenklich. Dies vor allem auch unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die Abschreibungen mit 10 % an der untersten Limite liegen. Bei der Durchsicht des Budgets haben wir nach Einsparungsmöglichkeiten gesucht, doch wurden wir leider nicht substantiell und vertretbar fündig. Ebenso wenig sind Mehreinnahmen in greifbarer Nähe. Damit ist es für uns auch klar, derzeit liegt keine Steuerfussenkung drin. Das wäre fahrlässig.

Bedauerlich ist, dass es die Stadt Schaffhausen nicht schafft, das Informatikkonzept an den Orientierungsschulen auf Beginn des Schuljahres 2001/2002 umzusetzen. Sofern sich da heute nicht eine Änderung ergibt, so hoffe ich doch, dass im ersten Halbjahr 2001 noch eine Lösung gefunden werden kann, welche verhindert, dass die Stadt Schaffhauser Schülerinnen und Schüler im Vergleich zu ihren Kolleginnen und Kollegen auf dem Land benachteiligt werden.

An dieser Stelle möchte ich noch eine Bemerkung machen zu den Voten von bürgerlicher Seite. Eigentlich frage ich mich ja schon, wozu die FDP und die SVP Vertreter in der GPK haben. Diese sind ohne Kommentar auf das Budget eingetreten - ausser Bemerkungen vielleicht wie "schlecht, nicht gut". Auch in der Detailberatung wurden von dieser Seite keine Anträge eingebracht. Erst in der Schlussabstimmung folgte dann eine Flucht aus dem Saal resp. eine Kehrtwende. Ich bedaure, dass diese Streichungsanträge von der bürgerlichen Seite nicht schon in der GPK gestellt worden sind, weil wir dort ausführlicher darüber hätten sprechen und sie beurteilen können. Nun machen wir halt hier Abstimmungen unter Namensaufruf und veranstalten eine Dreifach-Sitzung. Das von der bürgerlichen Seite gewählte Vorgehen scheint mir schon ein wenig eigenartig und entspricht aus meiner Sicht nicht den parlamentarischen Gepflogenheiten, wenn wir vorher eine Kommission hatten, welche jedes Detail durchgegangen ist und nun erst im Plenum die eigentlichen Anträge zur Sache kommen.

Eine Bemerkung noch zur Behandlung der Globalbudgets der WOV-Abteilungen. Diese verlief einmal mehr alles andere als befriedigend. Wesentliche Unterlagen, d.h. die ausführlichen Leistungsvereinbarungen lagen uns erst zu Beginn der entsprechenden Sitzung am 8. November 2000 vor. Die Leistungsvereinbarung des Vormundschafts- und Erbschaftsamtes war da noch gar nicht vorhanden. Dass diese Unterlagen (Umfang 128 Seiten) an der Sitzung nicht geprüft werden konnten, versteht sich von selbst. Einmal mehr muss einfach festgestellt werden, dass in diesem Zusammenhang noch viel zu tun ist, damit die Sache richtig läuft.

Abschliessend danke ich im Namen der OeBS/EVP/JPS/GB-Fraktion allen städtischen MitarbeiterInnen für ihre gute, kostenbewusste und kundenfreundliche Arbeit.

Wie gesagt, wir werden auf das Budget eintreten, und ganz zum Schluss möchte ich der scheidenden GPK-Präsidentin für ihre grosse Arbeit in den letzten vier Jahren herzlich danken."

Josef Eugster (SVP) Votum

"Ich bin schon ein wenig erstaunt. Ich habe jetzt von keinem meiner Vorredner einen konstruktiven Vorschlag gehört, wie man effektiv sparen kann. Alle sind zwar überrascht, dass das Defizit weiter ansteigt und so hoch ausfällt. Aber von nirgends kommen brauchbare Vorschläge zur Kostensenkung. Ich kann den SR nicht verstehen, wie er dazu kommt, Geld auszugeben, welches wir gar nicht haben. Wenn ich die relativ bescheidene Investitionsrechnung den einmaligen Einnahmen von 1,7 Mio Franken aus der Abgabe der Polizeimittel und 3,3 Mio Franken aus Ablieferungen der Werke gegenüber stelle, so ist eine weitere Verschuldung der Stadt absolut nicht tragbar.

Mich würde interessieren, ob alle Ratsmitglieder und SteuerzahlerInnen überhaupt wissen, wie hoch die Stadt Schaffhausen verschuldet ist. Mich würde auch interessieren, ob ihnen bewusst ist, was diese Schulden uns jährlich kosten. Wenn es nämlich so wäre, dass uns dies bewusst ist, dann müsste jede/r von uns bemüht sein, den Schuldenberg abzubauen. Ich bin enttäuscht, dass ich bis heute von der Finanzreferentin keinen Vorschlag gehört habe, wie sie die Schulden abbauen will. Das wäre dringend notwendig.

Ich werde nicht auf das Budget eintreten."

Hans Ith (SVP) Votum

"Ich werde auf das Budget eintreten und ihm zustimmen.

Als unsportlicher Mensch kann ich es nicht mehr länger verantworten, dass die alte Turnhalle in Buchthalen erneut aus der Investitionsrechnung des Budgets 2001 gestrichen wird. Muss zuerst ein Unfall passieren? Die Garderoben und die WC-Anlagen sind eine "Katastrophe". Ich werde beantragen, dass dieser Betrag wieder ins Budget aufgenommen wird. Ich kann es nicht mehr verantworten, dass dort geturnt wird."

Esther Bänziger (SP) Votum

"Noch kurz zu Dir, Ernst Gründler. Verschiedener Meinung sein, Argumente bringen, streiten und diskutieren ist das eine. Doch das, was jetzt Peter Möller nochmals erwähnt hat, finde ich, geht nicht an. Wir sind eine Kommission, die stundenlang zusammen sitzt, wir beziehen auch Sitzungsgeld dafür - und dort kommt einfach nichts, womit wir uns auseinandersetzen können. Darum kommt auch heute bis jetzt nichts, Sepp Eugster. Wenn niemand etwas bringt, so gibt es nichts zu diskutieren. Ich möchte daran erinnern, was ich am Anfang gesagt habe, nämlich, dass wir die Relationen nicht aus den Augen verlieren dürfen. Wir nehmen gut 179 Mio Franken ein, hoffen, dass es etwas mehr sein werden, und schreiben ein Defizit von vielleicht 2,8 Mio Franken. Man kann es wirklich auch übertreiben. Sepp Eugster sagt, keine Schulden, Thomas Hauser sagt, man könne sich ohne weiteres noch 20 Mio Franken mehr verschulden."

Stadträtin Veronika Heller Stellungnahme des Stadtrates *

"Wir haben schon einen ganz schönen Vorgeschmack dessen bekommen, wie es heute Abend weiter gehen wird. Ich glaube, wenn Sepp Eugster und Hans Ith zusammen mal einen "Halben" trinken, dann könnt Ihr Euch vielleicht darüber unterhalten, was jetzt eher notwendig ist. Ich vertrete, nicht was die Zurückweisung anbetrifft, sondern was den Abbau der Verschuldung anbetrifft, eher die Meinung von Sepp Eugster. Aber das sind die Gegensätze, welche offenbar eines unserer Probleme hier und im SR sind. Das ist mit ein Grund, weshalb der eine oder andere Wunsch die Oberhand gewinnt, und dann haben wir die Verpflichtung, das zu bauen, zu kaufen oder was auch immer. So gehen die Jahre ins Land. Das war früher auch nicht besser.

Ich danke der GPK-Präsidentin ganz herzlich für ihre ausführliche Berichterstattung aus der Kommissionsarbeit. Sie hat das Budget sehr gut dargestellt.

Ich danke vorerst für das mehrheitlich "angedrohte" Eintreten. Tatsache ist, dass das Budget 2001 etwas besser aussieht als im September; gut ist es nicht.

Das habe ich schon im September gesagt, dass ich damit nicht zufrieden bin. Das hat ganz verschiedene Gründe.

Die **Personalkosten** haben in den letzten Jahren zugenommen. Nun sind wir jedoch wieder in einer Wirtschaftssituation, die in einigen Branchen nach Höhenflug aussieht, in anderen stete Verbesserungen der Auftrags- und Ertragslage erwarten lässt. In einer solchen Situation ist es nicht angezeigt, vom Personal irgendwelche Abstriche zu fordern. Kürzlich konnte ich bei der Beantwortung der Interpellation von Peter Käppler noch sagen, dass mit Ausnahme des qualifizierten Pflegepersonals und gewisser handwerklicher Berufe noch keine Probleme bestünden. Das könnte sich ändern, wenn Sie die Situation gesamtschweizerisch anschauen, wenn Sie zur Kenntnis nehmen, dass der Bund jetzt 2% Teuerung ausgeglichen hat und dann im März 2001 noch einmal mit einem halben Prozent kommt. Wir würden riskieren, dass uns die guten Leute davonlaufen. Das kann nicht im Interesse der Stadt sein.

Im Bereich Personalentwicklung, die ja im Massnahmenplan des Stadtrates ausdrücklich als einer der wichtigen Bereiche bezeichnet ist, ist vielmehr die Zusammenarbeit mit dem Kanton gefragt. Da muss er sein Personalgesetz revidieren, da müssen wir mitarbeiten - wir haben auch eine entsprechende Zusage, dass dies möglich ist - und in diesem Rahmen schauen, wie wir eine Einzelarbeitsplatz-Bewertung vornehmen können, die Sinn macht. Dann müssen wir noch gewisse strukturelle Fehler beheben und gewisse Frauenberufe aufwerten.

Die **Teuerung** hat uns, wie Sie aus den Medien wissen, im Laufe der letzten Woche einen massiven "Streich" gespielt. Das ist uns jetzt zugute gekommen. Wenn diese Nachricht nach unserer heutigen Budgetdebatte eingetroffen wäre, hätte uns dies in grosse juristische Schwierigkeiten gestürzt. Ernst Spengler, es ist richtig, dass die Differenz zwischen 1,4 und 1,5 % etwa 70'000 Franken ausmacht.

Der SR hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, die Teuerung mit 1,4 % auszugleichen und so mit dem Kanton gleichzuziehen. Rechnerisch werden die 1,5 % belassen. Der Anpassungsaufwand wäre unverhältnismässig, weil sämtliche Positionen nochmals neu gerechnet werden müssten.

Damit hat das Budget an Schönheit gewonnen, weil die vorderste Zahl eine zwei und nicht mehr eine drei ist.

Der **Sachaufwand** wird immer wieder angesprochen. Da bin ich dann gespannt, welche Streichungsanträge und Sparvorschläge Sie diesbezüglich einbringen werden. Der Sachaufwand verharrt seit Jahren auf einem tiefen Niveau. Der sog. "kleine Unterhalt" (bis 100'000 Franken) liegt auch beim Budget 2001 wieder an der Schmerzgrenze, wenn nicht gar darunter. Dies hat schon mein Vorgänger immer wieder moniert. Auch im Kantonsrat hat es diesbezüglich lebhaft Diskussionen gegeben, was notwendig ist und was nicht. Aber wenn man das unbedingt Nötige dann macht und das Nötige während Jahren vor sich her schiebt, dann wird dies auch einmal unbedingt nötig. Das ist eines unserer Probleme.

Kosten der Sozialhilfe

Hier sind drei Entwicklungen zu vermerken:

- zum einen hinkt die konjunkturelle Entwicklung des Kantons Schaffhausen hinter derjenigen der anderen Kantone her.

- In der Stadt ist die Zahl der arbeitslosen Personen im Oktober wieder auf 1,9 % (Kanton: 1,6 %) gestiegen. An vielen anderen Orten ist diese Zahl immer noch im Sinken begriffen
- Die fragwürdige gesamtschweizerische Einstufung der RAV-Ämter führte dazu, dass unser kant. RAV sehr stark unter Druck kam mit seinem letzten Platz. Nun ist es auf den vierten Platz gerückt, hat aber möglichst viele Fälle den Kommunen zugewiesen. Dadurch werden die Gemeinden wesentlich stärker belastet, so auch - und natürlich wesentlich mehr als die Landgemeinden - die Stadt Schaffhausen.

Die **Steuereinnahmen** haben sich in den letzten Jahren, wie Sie ja wissen, vom "Taucher" in der Rechnung 97 noch nicht richtig erholt; sie stagnieren. Ich teile die relativ "tollkühne" Auffassung von Thomas Hauser natürlich gar nicht, dass die Steuereinnahmen im nächsten Jahr wesentlich reichlicher fließen werden. Ihre Rüge bezüglich nicht kompetentem Prognostiker müssen Sie beim Kanton deponieren.

Der Kanton hat uns gesagt, dass wir auf der Basis 1997/98 mit Steuerausfällen von 3,5 Mio Franken zu rechnen hätten. In Berücksichtigung der veränderten Konjunktur und des Teuerungsausgleichs - die Löhne von 2001 werden höher sein als diejenigen von 1997/98 - haben wir im Budget 2001 1,8 Prozent eingerechnet. Das ist nicht gerade sehr dreist, aber schon ziemlich optimistisch. Ich habe letzte Woche von der Kantonalen Steuerverwaltung die Zusammenstellung der 20 besten Steuerzahler der Stadt bei den juristischen Personen erhalten. Deren Steuerleistungen werden im laufenden Jahr 1,6 Mio (!) Franken unter dem Ergebnis von 1999 liegen. Das ist auch nicht berauschend.

Finanzausgleich

Dazu die Aussage des kantonalen Finanzdirektors anlässlich der gestrigen Budgetdebatte im Grossen Rat: Er warnte vor einer Verschlechterung der finanziellen Vorgaben für das kommende Jahr "wegen der sich am Finanzhimmel abzeichnenden Verschiebung von weiteren Lasten vom Bund auf die Kantone (...)"

Diese Tatsache gilt es nicht aus den Augen zu verlieren, denn der Kanton wird sich ohne Zweifel umgehend und weiterhin bei den Gemeinden schadlos halten.

Das letzte unerfreuliche Beispiel ist meines Wissens die Reduktion der Subventionen für die Spitex, die anfangs Oktober ungefähr vom RR für das kommende Jahr verordnet wurde. Da bekommen wir einen Brief und basta, und müssen dies auch noch irgendwie auffangen.

Die **Investitionsrechnung** hat seit September eine leichte Verbesserung erfahren. Wie schwierig das war, hat die GPK-Präsidentin geschildert, weil ich es in der GPK dargelegt habe. Wir haben wirklich während Tagen darum gerungen, wer wo etwas nachgibt.

Zwei Projekte, nämlich

- die Heizungssanierung Käfig und
- die Turnhalle Buchthalen

wurden verschoben, damit die Heizungssanierung der Stadtgärtnerei, die wegen des Sturms "Lothar" vom Bund mit 150'000 und vom Kanton mit 45'000 Franken - befristet auf das nächste Jahr - subventioniert wird, vorgezogen werden kann.

Der bei der Feuerwehr vorgesehene Einsatzleitcontainer für die Chemiewehr wurde nach zweijähriger Evaluation vom Regierungsrat aus mir nicht genau bekannten

Gründen gestrichen; damit entfallen auch die Subventionen und das Ergebnis wird nicht beeinflusst.

Hingegen musste der Stadtrat zu seinem grossen Bedauern das vielversprechende, zukunftssträchtige Projekt "Internet-Akademie", das der Stadt Schaffhausen in den nächsten Jahren einen echten Aufschwung hätte bringen können, leider streichen. Die Finanzierung konnte - in dieser extrem schnelllebigen Branche - nicht innert nützlicher Frist gesichert werden.

Die Investitionsrechnung verbessert sich somit um rund 500'000 Franken.

Der Finanzierungsfehlbetrag von insgesamt immer noch 7 Mio Franken führt wiederum zu einer zusätzlichen Verschuldung.

Für **Passivzinsen** - Tendenz eher steigend - werden wir auch im kommenden Jahr rund 7 Mio Franken bezahlen müssen, oder anders ausgedrückt: jeden Tag fast 20'000 Franken. Dies ist mit ein Grund, weshalb es für mich wichtig ist, dass die **Verschuldung** tatsächlich abnimmt, weil diese mir am meisten Sorgen bereitet.

Trotz der zu erwartenden und budgetierten Einnahmen aus der Veräusserung der Polizeimittel von 1,6 bis 1,7 Mio ist es nicht gelungen, die Schulden wenigstens ansatzweise zu vermindern, obwohl diesmal bei den Investitionen Mass gehalten wurde.

Dann kommt noch etwas anderes dazu, wenn wir uns mit anderen Städten vergleichen. Mein Vorgänger hat mit viel Müh und Not fertig gebracht, dass ihm zugestanden wurde, ein Eigenkapital von max. 5 Mio Franken zu bilden. Wir haben etwas mehr als 1 Mio Franken. Wenn man die Relationen anschaut zu unserem Haushaltsetat, ist das nicht einmal ein "Sackgeld". Die Stadt St. Gallen z.B. besitzt ein Eigenkapital von 42 Mio Franken. Da kann man über eine Steuerfuss-Reduktion diskutieren und reagieren. Bei dem Spielraum, den wir in der Stadt Schaffhausen haben, ist es schwierig, überhaupt von Finanzpolitik zu sprechen.

Daher soll der **Massnahmenplan**, den der Stadtrat verabschiedet hat, so bald als möglich umgesetzt werden. Im Frühjahr ist deshalb mit dem städtischen Kader eine "Casino"-Informationstagung vorgesehen, um zu schauen, wieviel innovatives Potential zur Verbesserung der finanz. Situation unserer Stadt noch gefunden werden kann.

Es ist wichtig, mit den geplanten Neuerungen in verschiedenen Bereichen

- eine moderne Verwaltung,
- eine zeitgemässe Personalentwicklung und
- eine Parlamentsreform

zu bekommen, die diese Namen auch verdienen. Damit sollte es möglich sein, auch die Stadt Schaffhausen aus ihrem Tief heraus zu hieven.

Aber dazu müssen wir nun wirklich alle am selben Strick ziehen.

Ich gehe davon aus, dass der heutige Abend nachher etwas besser verläuft als zu Beginn. Es ist mind. gut zum Ausdruck gekommen, wie schwierig es ist, wenn nach einer Kommissionsarbeit, wo sich die meisten wirklich bemühen, und fast alle einig sind mit Ausnahme von Ernst Spengler, der sich dann anders besonnen hat - wir

wissen jetzt auch weshalb; Ernst Spengler ist sonst ein besonnener Mann, aber dort hat er mir gar nicht gefallen - wir jetzt im Parlament quasi die Arbeit noch einmal nachvollziehen und schauen, ob wir heute irgendwelche Verbesserungen noch hin kriegen.

Ich habe mir vorgenommen, ganz ruhig zu bleiben und mich überraschen zu lassen. Ich hoffe aber, dass die heutige Ratsarbeit wirklich vom Willen geprägt ist, konstruktiv etwas zu verbessern.

Bei WOV waren nicht alle zufrieden. Es sind auch nicht alle glücklich mit den Globalbudgets. Ich weiss es. Ich weiss, dass Verbesserungen notwendig sind. Wir werden uns weiterhin Mühe geben, Peter Möller.

Im Namen des Stadtrates stelle ich Ihnen den Antrag, auf das Budget einzutreten und dieses auch zu genehmigen. Allfälligen Verbesserungen werden wir uns selbstverständlich nicht verschliessen. Ich danke Ihnen."

Stadtpräsident Marcel Wenger

"Ich möchte der Finanzreferentin Veronika Heller herzlich danken für die Zuversicht, die sie ausgestrahlt hat. Es braucht eine gewisse Zuversicht, um dieses Budget durch zu pauken. Es gibt aber auch positive Entwicklungen in dieser Stadt, die nicht unerwähnt bleiben dürfen. Deswegen ergreife ich gerne einmal das Wort. Wir wissen, dass der Kanton gestern mit einer "roten Null" budgetiert hat. Man kann davon ausgehen, dass der Kanton mit den budgetierten Steuermehreinnahmen ein exzellentes Rechnungsjahr absolvieren wird. Er tut dies, wie das die Finanzreferentin erklärt hat, vor dem Hintergrund der Streichung beispielsweise des Lastenausgleichs in der neuen Kantonsverfassung; dieser wurde durch den Finanzausgleich wieder ersetzt - ich habe mich leider nicht durchsetzen können. Er tut dies auch vor dem Hintergrund der massiven Reduktion der Arbeitslosenzahlen zu Lasten der Sozialhilfe. Von den rund 1'500 Fällen und den Leuten, die hinter diesen Fällen stehen, sind ca. 30% in den letzten vier Jahren in die Stadt Schaffhausen zugezogen. Wir werden dies bei den entsprechenden Beratungen im Grossen Rat im nächsten Jahr mit vereinten Kräften einbringen und dem Grossen Rat auch klar machen, dass das nicht ein exterritoriales Gebiet ist, das Stadt Schaffhausen heisst. Wir gehören zum Kanton, wie alle anderen Gemeinden auch. Der Kanton vor dem Hintergrund exzellenter Finanzen zieht sich zurück aus den Beiträgen aus der Spitex; die Dekrets-Revision kostet uns etwa Fr. 150'000.--. Er zieht sich zurück aus der Jugendberatung. Er hat bereits beschieden, dass von den LSVA-Geldern, die in reicher Menge kommen - es sind 2,2 Mio Franken - Null für den Agglomerations-Verkehr eingesetzt wird, sondern es geht alles in den Regio-Verkehr. Die Gemeinden Schaffhausen und Neuhausen werden aller Voraussicht nach zumindest bei dieser ersten Verteilung leer ausgehen. Ich bin sehr gespannt, wie die Antwort des Finanzdirektors auf die Anfrage von Kollege Hansjörg Wahrenberger ausfällt, der von Neuhauser Seite ebenso betroffen ist. Die Spielbanken-Erträge, die aufgrund des neuen Spielbankengesetzes geplant sind, sind so verteilt, dass wir zwar die Apparate warten und überwachen sowie die ganze Installation und die techn. Details überprüfen und die Sozialfälle dann abwickeln müssen, aber wir erhalten nur einen Viertel der möglichen Erträge - drei Viertel gehen an den Kanton. Der folgenschwerste Fehler passiert in der Energie-Politik, wo sich der Kanton mit der Axpo verbündet. Die Axpo ist eine knallharte Gegnerin der Schaffhauser Stadtwerke und auch der übrigen Schweizer Stadtwerke.

Der Wettbewerb, der nach der Strommarkt-Liberalisierung ausbricht, wird die Erträge im Stromgeschäft massiv erodieren lassen. Von dieser Seite her werden wir auch keine besonders günstige Ausgangslage haben. Das ist - realistisch gesehen - die Zukunft.

Wir haben aber auch andere Entwicklungen. Wir haben letzte Woche Marquardt eröffnet. Kinopolis steht vor der Eröffnung. Das sind private Investitionen. Wir haben eine weitere Privatinvestition unweit von hier mit dem Parkhaus Herrenacker, das endlich realisiert wird. Wir merken, dass das Projekt Herrenacker Süd dank des Einsatzes des Baureferenten massiv vorwärts geht. Die Stadt steht vor guten Entwicklungen im Bereich Landhaus. Aus dieser Sicht wäre es äusserst verhängnisvoll, wenn wir heute Abend das Budget nicht genehmigen, oder - wie es von Ernst Gründler angetönt wurde - durch ein Referendum die Handlungsfähigkeit des Stadtrates einschränken würden. Das wäre schade, weil die Entwicklungen in der Stadt Schaffhausen nach wie vor sehr positiv sind. Wenn Sie dem SR Zeit geben, im Jahr 2001 am Budget und an der Rechnung zu arbeiten, werden Sie mit den Aussichten für die Zukunft zufrieden sein. Vertrauen Sie der Finanzreferentin und dem SR. Vertrauen Sie dem Stadtrat auch deshalb, weil er mit Ihnen zusammen das Ziel erreichen möchte, Schaffhausen als Hauptstadt in diesem Kanton handlungsfähig zu erhalten."

Susanne Günter, Ratspräsidentin: "Ich habe zum Eintreten keine Wortmeldungen mehr. Ich habe einen Antrag von GrSR Josef Eugster auf Nichteintreten. Wir stimmen darüber ab."

ABSTIMMUNG

Der Rat beschliesst mit 43 : 3 Stimmen EINTRETEN auf den Voranschlag 2001.

DETAILBERATUNG

Begonnen wird mit dem Leistungsauftrag der Pilotabteilungen WOV (Globalbudget).

Peter Neukomm, 1. Vizepräsident verliest die Seitenzahlen.

Stadtarchiv Seiten 4 - 8

Erwin Sutter (EDU) zur Seite 5:

Der Votant verweist auf die Bemerkung unter 2. "*Die durchgehenden Öffnungszeiten von 08.00 bis 17.00 werden zwar von den Benutzern sehr geschätzt, machen jedoch die Umwandlung einer bisherigen Aushilfsanstellung in eine definitive unabdingbar. Die Personalkosten, inkl. vorgesehene Teuerung, basieren auf diesem Wunsch (ist allerdings vom SR noch nicht beschlossen worden).*" E. Sutter verweist auf die tägliche Besucherzahl von 5,4 Personen. Er ist der Ansicht, dass die Öffnungszeiten nicht dieser Besucherfrequenz entsprechen. Er plädiert für eine Überprüfung der Öffnungszeiten in Richtung Reduktion. Eine Umwandlung der Aushilfsanstellung in eine definitive erachtet er als nicht gerechtfertigt.

Bea Hauser (SP) korrigiert die Anzahl der BesucherInnen. Sämtliche HistorikerInnen und Journalistinnen/Journalisten würden dort hin gehen, ebenso ganze Schulklassen. Im Geschäftsbericht seien nur die tel. Anmeldungen für die Besuche im Archiv aufgeführt.

Esther Bänziger (SP) verweist auf WOV, welches dieses Kundenbedürfnis - Öffnung über die Mittagszeit - aufgedeckt habe. Diese Möglichkeit werde gemäss Peter Scheck rege genutzt.

Stadtpräsident Marcel Wenger stellt fest, dass das Stadtarchiv kein Publikumsmagnet darstellt, in dem Sinne, dass man Hunderte von Eintritten habe und noch kassieren könne. Das sei eine wissenschaftliche Einrichtung, welche aus den unterschiedlichsten Motiven heraus benutzt werde. Die Öffnung über den Mittag erachtet M. Wenger als absolute Notwendigkeit. Die Öffnungszeiten am Samstagvormittag werde geprüft. "Ich bitte Sie aber, jetzt nicht den Stadtarchivar dafür zu bestrafen, dass er sich der Sache angenommen und ein besucherfreundliches Angebot zusammen gestellt hat."

Erwin Sutter (EDU) hat die erwähnte Zahl von 5,4 BesucherInnen dem Geschäftsbericht des SR entnommen. Auch wenn die effektive Zahl höher sei, bittet er aus Spargründen, die heute komfortablen Öffnungszeiten zu überprüfen, damit eine Aufstockung des Personals umgangen werden könne.

Stadtgärtnerei und Friedhofverwaltung Seiten 9 - 12

Therese Brambrink (FDP) erkundigt sich, weshalb bei den Raumkosten auf Seite 10 kein Betrag ausgewiesen sei.

Peter Möller (GB) gibt als GPK-Mitglied die Antwort: "Die Raumkosten sind in den kalkulatorischen Kosten enthalten, weil dieser Abteilung nicht eine Quadratmeter-Miete verrechnet werden kann."

<u>Steuerverwaltung</u>	Seiten 13 - 18	Keine Wortmeldungen.
<u>Altersheim Steig</u>	Seiten 19 - 23	Keine Wortmeldungen.
<u>Vormundschafts- u. Erbschaftsamt</u>	Seiten 24 - 28	Keine Wortmeldungen.

ABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat genehmigt mit **47 : 0 Stimmen** den Leistungsauftrag und die **Globalbudgets 2001 für die fünf Pilotabteilungen WOV**.

DETAILBERATUNG des Voranschlages im "grossen Buch"

Peter Neukomm, 1. Vizepräsident verliest die Seitenzahlen.

III. Laufende Rechnung - ab Seite 11

Seite 14 **0120 Grosser Stadtrat**

Alfred Zollinger (SVP) vermisst hier eine Budgetposition für die Kosten Internet (Veröffentlichung Beschluss- und Volltext-Ratsprotokoll des GrSR), damit man weiss, was dies kostet.

SR V. Heller stellt in Aussicht, hierfür eine Position aufzunehmen.

Seite 16 **0140 Jugendparlament**

Alfred Zollinger (SVP) nimmt Bezug auf die Pressemitteilung, wonach sich das Jugendparlament aufgelöst hat. "Es steht dort weiter: *Mit dem Vereinsvermögen von rund Fr. 5'000.--, das zu Zweidritteln von der Stadt stammt ...* . Das hat mich befremdet, weil man hier immer gesagt hat, dass der Beitrag der Stadt für effektive Aktivitäten oder allenfalls Defizite verwendet werde." Der Votant plädiert für eine Rückerstattung des der Stadt zustehenden Anteils, welchen man für eine allf. spätere Neugründung eines JUPA wieder einsetzen könne.

Alfred Zollinger (SVP) stellt weiter den Antrag, die Budgetposition im Voranschlag 2001 (Fr. 5'000.--) zu streichen.

SR V. Heller gibt bekannt, dass sie mit dem Streichungsantrag kein Problem habe. Die Sache mit dem noch vorhandenen Vereinsvermögen werde abgeklärt. Der frühere SR Heinz Albicker sei als Revisor bei diesem Verein engagiert und könne bestimmt kompetent Auskunft geben.

Bernhard Egli (OeBS) stellt sich nicht gegen den Antrag von A. Zollinger. Er ermutigt jedoch den SR, bei einer allfälligen späteren Neugründung einer ähnlichen Institution speditiv und unbürokratisch behilflich zu sein.

Peter Käppler (SP) schliesst sich dem Wunsch von B. Egli an. Wenn man bereit sei, im gegebenen Fall wieder auf diese Budgetposition zurück zu kommen, sei er nicht gegen die Streichung.

ABSTIMMUNG

Der Rat beschliesst mit 43 : 0 Stimmen, den Beitrag von Fr. 5'000.-- zu streichen.

Seite 18 **0200 301.00 Zentralverwaltung/Personaldienst Besoldungen**

Ernst Gründler (FDP) stellt fest, dass im Original-Budget ein Betrag von 1,2 Mio. enthalten ist. Bei den GPK-Anträgen figuriert eine Erhöhung um 30'000 Franken. "Ich spreche zur vorgesehenen weiteren 100%-Stelle für das Controlling ab Mitte 2001 gemäss Kommentar auf Seite 19. Nach den Ausführungen in der GPK soll diese Stelle für WOV geschaffen werden - also nach dem 1. Juli 2001. Sollte dies tatsächlich für WOV sein, finde ich dies nicht korrekt. Vielmehr müsste im Jahr 2001 über den WOV-Versuchsbetrieb umfassend Bericht und Antrag zu Händen unseres Rat erfolgen, wie dies der SR versprochen hat. Über die notwendigen finanziellen Mittel in der Laufenden Rechnung müsste dann entschieden werden. Auf Seite 220 figuriert auch noch eine Position (029 581.00 Pilotversuch WOV). Da besteht ein Widerspruch. Bevor ich einen Kürzungsantrag stelle, möchte ich darüber Auskunft erhalten."

Esther Bänziger (SP) verweist auf einen SR-Beschluss vom 17. Okt. 00, wonach der SR eine 50%-Stelle (Verwaltungssekretärin II für die Buchhaltung) ausserhalb des Stellenplans bewilligt hat. Daraus resultiert die Erhöhung dieser Position um Fr. 30'000.--. Das hat nichts mit der Controller-Stelle bzw. mit WOV zu tun.

SR V. Heller stellt ebenfalls fest, dass es zwei verschiedene Sachen seien. GrSR Gründler habe anlässlich der WOV-Sitzung der GPK darauf bestanden, dass keine weitere Abteilung in den WOV-Versuch aufgenommen werde, bevor der Entscheid des GrSR gefallen sei, ob WOV flächendeckend eingeführt werde oder nicht. "Ich gehe davon aus, dass Sie das als Widerspruch empfinden, wenn ich Sie richtig verstanden habe.

Der Controller ist seit dem 1. November 2000 bei uns tätig, er hat sehr viele Aufgaben von der Finanzkontrolle übernommen und begleitet neu das WOV-Projekt. Wir sind auf Ihr Begehren eingetreten, verzichten auf die Aufnahme einer weiteren Abteilung in den WOV-Versuch bis zum Entscheid des GrSR und haben daher die Position 029 581.00 Pilotversuch WOV (Seite 220) um 50'000 Franken gekürzt."

Ernst Gründler (FDP) befriedigt diese Klarstellung nicht.

Andres Bächtold (SP): "Ich gebe nun die Antwort, die vermutlich der Zentralverwalter Thomas Jaquet gegeben hätte. Ich zitiere aus dem GPK-Protokoll Nr. 13/14 vom 25. Oktober 2000, Seite 96 zur Frage: *Wieso 2 ControllerInnenstellen? Wäre Aufstockung der Finanzkontrolle opportun?*

Antwort Thomas Jaquet: Es erfolgt eine saubere Trennung. Die Fiko wird Aufgaben, welche das Controlling betreffen, abgeben und erfährt somit eine Entlastung.

Die Schaffung der zweiten Controlling-Stelle wird nur dann Tatsache, wenn WOV eingeführt wird.

Seite 34 **0280 Allg. Personalaufwand**

Max Zimmermann (parteilos) stellt beim Nettoaufwand eine Kostensteigerung zwischen der Rechnung 99 und dem Budget 2001 in der Höhe von Fr. 226'000.-- fest. Er fragt, ob diese Tendenz anhält.

SR V. Heller verweist auf den Voranschlag 2000, wo unter der Pos. 301.02 eine Korrektur Stufenanstieg (minus) Fr. 250'000.-- figuriert. "Im Budget 2001 ist diese nicht mehr enthalten, weil wir davon ausgehen, dass es nun besser funktioniert als letztes Jahr. Es ist nicht eine Tendenz."

Seite 40 **905 314.31 Postgebäude Nordstr., bauliche Anpassungen**

Max Zimmermann (parteilos) verweist auf den Kommentar auf Seite 41: *Neues Magazin Stadtgärtnerei sowie Kulissenlager Stadttheater* und erkundigt sich nach der Notwendigkeit.

SR Th. Feuerer antwortet, dass das Kulissenlager des Stadttheaters bisher im Kornhaus untergebracht sei, welches nun im Baurecht ausgeschrieben und daher gelegentlich geräumt werden müsse. Das Kulissenlager werde nicht 1:1 gezügelt, sondern etwa Zweidrittel werden ausgeschieden. Das Postgebäude habe sich nun für diese Nutzung angeboten.

Seite 50 **Pos. 315.00 Miete/Wartung Informatik**

Verena Stutz (SP) bemerkt, dass durch das ganze Budget hindurch wie ein roter Faden Bemerkungen im Kommentar zu finden sind wie: Kosten gemäss Angaben der KSD, Mietleitungen zur KSD, Wartungs- und Unterhaltskosten - durch KSD vorgegeben usw. Die Votantin erkundigt sich, ob die KSD in Bezug auf ihre Wettbewerbsfähigkeit geprüft wurde bzw. ob das Angebot der KSD mit Angeboten aus der Privatwirtschaft verglichen werde, und ob die KSD einem Wettbewerb ausgesetzt sei.

SR V. Heller: "Die KSD ist seit 1972 eine gemeinsame Verwaltungsabteilung des Kantons und der Stadt Schaffhausen. Die Beschäftigten sind kantonal angestellt. Es wird ein Kostenschlüssel 55 % Kanton / 45% Stadt angewendet. Die KSD hat die Aufgabe, alle EDV-Probleme für beide Partner zu lösen. Es hat sich in den letzten Jahren einiges geändert. Als ich städtische Finanzreferentin wurde, wurde ich von Amtes wegen auch Vizepräsidentin der VK der KSD, ungeachtet der EDV-Sachkenntnisse und fühlte ein gewisses Unbehagen. Wir haben im Laufe dieses Jahres gewisse massgebliche Schritte unternommen.

So haben wir einen Fachmann beigezogen, welcher die Exekutivseite berät, was eben die Aufträge an die KSD, Kostenverhältnis usw. anbetrifft und wie es überhaupt weiter gehen soll. Die KSD ihrerseits hat eine Studie erstellen lassen durch die BSG Unternehmensberatung St. Gallen. Das Resultat dieser Untersuchung wurde anfangs November 2000 der Regierung und der Stadt vorgestellt. Zusammenfassend hat die Studie ergeben, dass

- die KSD effizient arbeitet. Ein Vergleich mit der Informatik anderer Städte zeigt, dass die Kosten im mittleren bis unteren Bereich der verglichenen Städte liegen
- in der KSD ein gutes Klima herrscht. Die MitarbeiterInnen sind motiviert.
- die Struktur und MitarbeiterInnenzusammensetzung den neuen Erfordernissen anzupassen sind.

Zu verbessern sind die Kommunikation und die Kostentransparenz.

Wir werden nun einen Informatiklenkungsausschuss einsetzen, der vor allem die Exekutiven beraten soll. Dies soll bis Ende Februar 2001 der Fall sein. Ferner werden wir noch weitere Detailanalysen anordnen. Die KSD hat sich auf dem Markt behaupten müssen. Bei einigen Projekten hat sie das mit Erfolg getan, in dem sie die entsprechenden Aufträge erhalten hat. Es gibt aber auch andere Projekte, wo sie nicht reüssierte.

Insgesamt kann man sagen, dass sich die KSD auf einem guten Weg befindet und die MitarbeiterInnen wirklich bestrebt sind, die in der Vergangenheit aufgetretenen Mängel zu beheben. Auch die Exekutiven werden sich bemühen, sich den veränderten Verhältnissen anzupassen."

Seiten 48/50 **1130 Polizeikorps / 1139 Polizeiverwaltung (Verwalt.polizei)**

Erwin Sutter (EDU): "Im Zusammenhang mit der Volksabstimmung wurde gesagt, dass die Zusammenlegung der Kapo mit der Stapo finanzielle Einsparungen bringen wird. Ich habe das angeschaut. Die Kostenstelle 1130 gibt es ab 2001 nicht mehr. Die Polizei hat in den Jahren 1998 und 1999 je ca. Fr. 4'850 Mio gekostet. Anmerkung der Redaktion: 1999 betrug der Aufwand Fr. 4'250 Mio.

Im Budget 2001 figuriert ein Betrag von Fr. 2,759 Mio. Hinzu zu rechnen sind aber noch die veräusserten Polizeimittel von 1,7 Mio, so dass wir effektiv auf einen Betrag von ca. 4,45 Mio Franken kommen." Dies ergibt nach der Berechnung des Votanten eine Einsparung von 400'000 Franken (gegenüber der Rg. 98). Der Votant fragt, ob seine Berechnungen stimmen und weshalb der Erlös aus dem Verkauf der Polizeimittel in der Laufenden Rechnung verbucht werde. Dieser sei im übrigen in einer früheren Information mit 2 Mio veranschlagt worden.

Stadtpräs. M. Wenger bestätigt, dass die Polizeimittel per Ende 99 noch mit 1,95 Mio Franken in der Bilanz figurierten. Es gebe aber auch hier eine gewisse Abschreibungspflicht, basierend auf der Nutzungsdauer. "Daher sind diese Mittel ein Jahr später nicht mehr diese 1,95 Mio Franken wert. Es gab Abschreibungen vor allem im EDV-Bereich. Es ist richtig, dass diese 1,7 Mio Einnahmen einmalig sind. Der Stadtrat hätte diesen Betrag auch lieber zur Schuldenreduktion eingesetzt, als sie quasi in der Laufenden Rechnung "verdunsten" zu lassen. Die Rahmenbedingungen der Volksabstimmung können wir jedoch einhalten."

Bernhard Egli (OeBS) erkundigt sich, weshalb man im Budget 2001 nicht wie bis anhin die Kostenstellen Polizeikorps und Polizeiverwaltung getrennt budgetiert.

Stadtpräs. M. Wenger begründet diese Zusammenlegung damit, dass die Übersicht besser gewährleistet sei. "Sie können jetzt diesen Posten von Jahr zu Jahr verfolgen. Ich habe mich auch ein bisschen darüber gefreut, als ich den Staatsvoranschlag 2001 anschaute, und bei der Sammelposition Polizei sah, was der Kanton im letzten Jahr ausgegeben hat. Der Etat der Polizei war bei 11,973 Mio. Jetzt ist er bei ca. 12,95 Mio Franken, also eine Mio Franken mehr, die der Kanton wiederkehrend aufwenden muss. Es ist schon eine markante Entlastung, welche sich in den nächsten Jahren auch bei der Stadt bemerkbar machen wird. Es können uns nicht mehr alle Kostensteigerungen belastet werden. Diese beschränken sich auf den Mehraufwand infolge allf. Übernahmen neuer Bundesaufgaben. Wenn Sie eine getrennte Darstellung Polizeikorps/Polizeiverwaltung wünschen, kann ich Ihnen das auf die Rechnung 2001 ermöglichen."

Edgar Mittler (FDP) verweist auf die Position 1139 437.00 **Bussen** auf Seite 52. Diese sind im B 2001 mit Fr. 840'000.-- um eine runde Mio Franken tiefer als im Voranschlag 2000 mit dem Vermerk auf Seite 53 *Wegfall der Rotlicht- und Radarbussen*. Der Votant stellt fest, dass der Erlös aus der Veräusserung der Polizeimittel einmalig ist, während diese Einnahmenposition auf Dauer tiefer sein wird.

Stadtpräs. M. Wenger: "Schauen Sie auch auf die Pos. 1130, wo wir im Voranschlag 2000 einen Nettoaufwand von 6,9 Mio Franken gehabt haben. Der liegt jetzt bei ca 4,7 Mio Franken; das ist die Gegenposition. Schauen Sie das genau an. Deshalb habe ich Ihnen auch das Angebot gemacht, auf die Rechnungslegung 2001 im Rahmen der GPK eine getrennte Darstellung zu präsentieren."

Seite 56 **1600 Zivilschutz**

Walter Hotz (FDP) stellt im Budget 2001 keine merkliche Verbesserung bei den Ausgaben fest. "Die Gemeinde Neuhausen muss sich an den Gesamtkosten in einem Verhältnis von 1:3 beteiligen. Es sind diverse Konti, die von diesem Schlüssel ausgenommen sind. Es sind insbes. Konti, welche die Rechnung belasten - Betriebs- und Unterhaltskosten. Ich frage den SR, ob sich dieser "Deal" - die Zusammenlegung der beiden ZS-Organisationen - gelohnt hat."

Stadtpräs. M. Wenger: "Jetzt müssen Sie aufhören. 1998 hat die Rechnung noch mit einem Nettoaufwand von Fr. 858'000.-- abgeschlossen. Heute liegt er unter 800'000 Franken. Wir haben eine Teuerung gehabt, wir haben neues Personal gehabt, einen neuen gemeinsamen Stützpunkt eingerichtet. Wir haben 7% Kosteneinsparung in dieser Verwaltungsabteilung gehabt, und es ist immer noch nicht gut. Was wollen Sie eigentlich noch? Wenn jede Verwaltungsabteilung diese Entwicklung aufweisen würde, könnten wir uns "von" schreiben."

An dieser Stelle (um 18.10 Uhr) unterbricht die Ratspräsidentin die Beratung für eine Pause bis 19.15 Uhr.

Fortsetzung Ratssitzung Nr. 17/18**2. Teil**

19.15 Uhr - 22.20 Uhr

Seite 80 **3000 Stadtbibliothek**

Erwin Sutter (EDU) vermerkt, dass die Besoldungsposition 301.00 seit 1999 um 10% gestiegen sei. Weiter stellt der Votant aufgrund der Pos. 439 Versch. Einnahmen Fr. 24'000.-- fest, dass praktisch alles gratis sei. Er ist der Meinung, dass der SR unbedingt überprüfen soll, ob man die Ausleihung nicht gebührenpflichtig machen könne. Unter dem Aspekt der Zentrumsleistung könnte er sich vorstellen, dass evtl. ein abgestufter Tarif zwischen StadtbewohnerInnen und Auswärtigen gemacht werden könnte.

Stadtpräs. M. Wenger weist darauf hin, dass die Stadtbibliothek einen Bildungsauftrag hat und quasi die Funktion einer Kantonsbibliothek wahrnimmt. Er teilt jedoch die Meinung von E. Sutter, dass Leute, welche in der Stadt Schaffhausen keine Steuern bezahlen, diese Angebote nicht mehr gratis beziehen können, wenn die Zentrumsfunktionen nicht anders abgegolten werden (Stichwort: kantonaler u. interkantonaler Finanzausgleich). "Wir können nicht mehr allzu lange warten, denn die Entwicklung der Defizitzahlen bei den Kulturinstituten macht mir ebenfalls Sorgen."

Seite 82 **3010 Museum Nettoaufwand**

Ernst Gründler (FDP). "Ich spreche zu den präsentierten Budgetzahlen für das kommende Jahr. Aufgefallen ist mir die enorme Steigerung des Nettoaufwandes um mehr als 10% pro Jahr in den letzten 2 Jahren, d.h. von 1,64 auf über 2 Mio Franken. Auch wenn sichtbare positive Anstrengungen der neuen Direktorin zu verzeichnen sind, darf die Kostensituation nicht aus den Augen verloren werden. Gerade die neue Vorlage des SR vom 14.11.2000 zeigt eindeutig auf, welchen Nachholbedarf an Reorganisation unser Museum nötig hat. Mit den gestellten zusätzlichen Finanzanträgen für die kommenden Jahre habe ich etwelche Mühe. Sie belasten unsere Stadt zusätzlich.

Anzustreben sind nach meiner Meinung klare Finanzvorgaben, wobei der Nettoaufwand sicher den Betrag von Fr. 2 Mio / Jahr nicht übersteigen darf. Es ist mit neuen Einnahmen zu kalkulieren. Allenfalls ist hierzu das Volk zu befragen."

SR T. Feurer weist darauf hin, dass zu beachten ist, dass in der Kostenstelle 3010 ab 2000 einige Sachen enthalten sind, für die bis und mit 1999 separate Kostenstellen existierten - 3011 Wechsausstellungen, 3018 Naturkundliche Abteilung. Ebenso wurden die Kosten beim Kulturdienst reduziert. Weil die GPK wegen den div. Verschiebungen Probleme hatte mit der Interpretation bzw. dem Nachvollzug der Zahlen, wurde die angesprochene Vorlage ausgearbeitet, welche zugegebenermassen sehr komplex ist. Die Zahlen wurden bis ins Jahr 1996 bzw. 1998 zurück verfolgt. Gewisse Zahlen konnten nicht gefunden werden, weil z.T. Personalaufwendungen über Sachaufwand abgebucht wurden, welche nicht mehr rekonstruierbar waren. Die noch einzusetzende SPK wird sich mit dieser zentralen Frage, welche GrSR Gründler aufgeworfen hat, auseinander setzen müssen. Dies wird dann im Parlament zu diskutieren sein. SR Feurer erklärt, dass es ihm nicht möglich sei, die sehr komplexe Ausgangslage, die man im Museum vorgefunden habe, jetzt im Detail darzustellen. Dank der Mithilfe der Zentralverwaltung bei der Neukontierung wird es jedoch möglich sein, die nun vorliegenden Zahlen über einen längeren Zeitpunkt zu vergleichen und die dringend notwendige Transparenz herzustellen.

Erwin Sutter (EDU) äussert sich zu den Kosten für die Kultur allgemein. Man sei heute bei einem Satz von über 3% angelangt, der für die Kultur ausgegeben werde. Darin nicht eingerechnet seien der Mietzinserslass für gewisse Institutionen und Dienstleistungen, welche die Stadt in diesem Bereich gratis erbringe. Der Kostenanstieg seit 1998 sei nicht nur beim Museum, sondern auch beim Stadttheater und bei der Stadtbibliothek erheblich.

Stadtpräs. M. Wenger entgegnet, "dass sich die Ertragslage der Kultur darin spiegelt, dass die Stadt seit etwa 15 Jahren gleichbleibende kantonale Beiträge erhält." Es sei nicht einmal die Teuerung ausgeglichen worden.

"Man hat festgestellt, dass die Ausstellungskadenz im Museum permanent zugenommen hat, obwohl die Mittel dazu immer weniger vorhanden waren. Wir haben deshalb etwas Gegensteuer geben müssen, was nicht unbedingt geschätzt wird. Aber wir mussten reagieren. Man hat weiter festgestellt, dass z.B. die Sammlung "Ebnöther", welche jetzt dann eröffnet wrd, etwa 500 m2 zusätzliche Ausstellungsfläche benötigt. Die Erweiterung dieses kulturellen Angebotes kostet Geld. Vom Sammlungswert her hat uns dieses Ausstellungsgut 20 Mio Franken gebracht. Die Sammlung war nicht einmal inventarisiert. Jetzt müssen Prioritäten gesetzt werden - Geräusche hin oder her. Der Stadtrat und insbes. Th. Feurer haben ihre Pflicht getan. Ich bin ihm dafür sehr dankbar.

Max Zimmermann (parteilos) ist froh, zu hören, dass SR T. Feurer die Sache in Angriff genommen hat, um zusammen zu fügen, was zusammen gehört. Er nimmt Bezug auf den Kommentar auf Seite 83 zur Pos. 3010 301.06 (...) *Ausserdem wurde neu ein wissenschaftliches Volontariat und zwei Praktikumsstellen aufgenommen* und fragt, ob dies notwendig sei und ob dies Positionen seien, über welche im Rahmen der Vorlage noch diskutiert werde.

SR T. Feurer präzisiert, dass es prioritär um die naturkundliche Abteilung geht. Da an eine Stellenplanerhöhung nicht zu denken sei, die dringenden Arbeiten an den Sammlungen jedoch anstünden, wurde eine günstige Lösung gesucht in Zusammenarbeit mit der Uni (Praktikumsstellen). Das Museum habe insbes. in der naturkundlichen Abteilung, aber auch in der geschichtlichen und archäologischen Abteilung sehr viele Sammlungsgegenstände und Schätze, welche seit Jahren nicht mehr bewegt wurden. "Es handelt sich dabei u.a. um Gegenstände, welche seit der Bombardierung 1944 eingelagert und dort geblieben sind. Heute haben wir die Möglichkeit, dieses Sammlungsgut wenigstens derart adäquat einzulagern, dass eine Aufarbeitung möglich ist. Die naturforschende Gesellschaft hat sich glücklicherweise bereit erklärt, mit erheblichen Eigenleistungen dazu beizutragen, endlich diese Arbeit zu tun." Bei der Beurteilung der Entwicklung des Personalaufwandes sei andererseits auch die Einnahmenseite anzuschauen - nämlich die Rückerstattungen und Beiträge der "Sturzenegger-Stiftung" - welche gewisse Stellen zum Teil vollumfänglich finanziert. Der Kulturreferent schlägt dem Votanten Max Zimmermann, welcher noch einmal nachhakt, vor, die ganze Situation bezüglich des Stellenplans eingehend in der Spezialkommission zu behandeln. Er führt auch an, dass die gesamte naturkundliche Abteilung für die Konservatorfunktion lediglich 50 Stellenprozente zur Verfügung hat, wobei von diesen 50 Stellenprozenten ca. die Hälfte für externe Auskünfte verwendet werden müssten. An dieser Stelle verweist Th. Feurer noch auf seinen Zeitungsartikel: *Von der Sorgfaltspflicht eines Museums-Referenten*, in welchem er versucht hat, die ganze Problematik aufzuzeigen.

Bea Hauser (SP) stellt sich hinter die Ausführungen des Stadtpräsidenten und des Kulturreferenten. Die Stadt habe einen Kulturauftrag. Sie registriert, dass bei jeder Rechnungs- und Budgetbehandlung darüber diskutiert werde, wieviel Geld für die Kultur ausgegeben werden dürfe. Sie hat das Gefühl, dass diese Attacken jedes Jahr ein bisschen gehässiger würden. "Wenn Sie wissen, was ein Kultur- oder Bildungsauftrag ist, dann dürfen Sie diese Fragen nicht stellen. Selbstverständlich dürfen Sie zu einzelnen Positionen Fragen stellen. Kultur war noch nie selbsttragend. Von diesen Kulturinstituten profitieren nicht nur wir SchaffhauserInnen, sondern auch auswärtige BesucherInnen.

Wenn wir an dem Punkt angelangt sind, wo Sie diesen Kulturauftrag nicht mehr finanzieren wollen, dann müssen Sie sagen, wir schliessen das Museum oder die Stadtbibliothek. Dann sollen die Leute nach Zürich. Das Stadttheater hat sowieso keine eigene Truppe; dann sollen die Leute auch nach Zürich. So werden Sie nie neue Leute nach Schaffhausen bringen."

Seite 82/84 **3010 310.30 bzw. 435.20 Einkauf bzw. Einnahmen Museumsshop**

Walter Hotz (FDP) ortet ein Missverhältnis. In der Aufwandposition sind 16'000 Franken, auf der Einnahmenseite jedoch lediglich Fr. 15'500.-- budgetiert.

SR T. Feurer weist darauf hin, dass diese Position immer defizitär budgetiert war. Die Museumsdirektorin hat jedoch signalisiert, dass die Einnahmen-Position **3010 435.20** aufgrund der diesjährigen Umsatzzahlen **um Fr. 4'500.-- auf neu Fr. 20'000.--** aufgestockt werden kann.

Seite 84 **3010 434.20 Museum Einnahmen Eintritte Fr. 29'500.--**

Erwin Sutter (EDU) nimmt Bezug auf das Votum von Bea Hauser. Es ist auch dem Votanten klar, dass die Kultur nicht selbsttragend sein kann. Trotzdem stellt er nochmals die Frage der Erhebung eines Eintrittsgeldes in den Raum.

Bernhard Egli (OeBS) vertritt die Meinung, dass diese Frage ebenfalls im Schoss der SPK, welche die Museums-Vorlage vorzubereiten hat, diskutiert werden soll. Er verweist noch auf den Umstand, dass sämtliche Mitglieder der naturforschenden Gesellschaft im Museum freien Eintritt geniessen, weil ihr Verein das ganze Vermögen, das ganze Bombardierungsguthaben der Stadt vermacht hat. Es sind also verschiedene Aspekte und Besonderheiten zu berücksichtigen, welche jetzt nicht in dieser Budgetdebatte abgehandelt werden können. Der Votant begrüsst es, dass die Museumsvorlage da ist und die Sache korrekt und transparent strukturiert und aufgegleist werden kann.

Peter Neukomm, 1. Vizepräsident findet es bemühend, bei jeder Budgetdebatte die Frage der Abgeltung der Zentrumsleistungen vorab in diesem Bereich in den Raum stellen zu müssen. "Es gibt leider keine parteiübergreifende Bewegung in der Stadt, welche dieses Problem der Abgeltung der Zentrumsfunktionen endlich aufnimmt. Herr Sutter, da sind Sie in der richtigen Fraktion. Bitte arbeiten Sie bei Ihren Kollegen darauf hin. Die SVP hat dies aus der Verfassung gestrichen, dass die Zentrumsfunktionen der Stadt abgegolten werden sollen. Ich fände es wichtig, dass in den nächsten Jahren in dieser Stadt endlich einmal ein politischer Konsens über die Parteigrenzen hinaus erreicht würde, um auf den Kanton Druck zu machen, denn sonst diskutieren wir immer wieder um 20 Stellenprozente oder um Kulturausgaben. Wenn die Stadtschaffhauser SteuerzahlerInnen dafür büssen müssen, dass wir unsere politischen Aufgaben zu wenig machen, und die noch Eintritt zahlen müssen, weil der Kanton seinen Verpflichtungen nicht nachkommt - sprich die Auswärtigen nur immer profitieren von dem, was wir mit unseren Steuermitteln zur Verfügung stellen -, dann ist das wie in

einem Hamsterkäfig, wir laufen immer im Kreis herum. Ich hoffe, dass heute ein Anstoss kommt, dass man einmal über die Parteigrenzen hinaus am selben Strick zieht und sich überlegt, wie wir dieses Problem, das eigentlich den Spielraum für Steuerfuss-Senkungen schaffen könnte, in den Griff bekommen können.

SR Th. Feurer ist nicht unglücklich über diese Diskussion betr. die Erhebung von Eintrittsgeldern. Sie wurde auch schon zweimal geführt aufgrund einer Intervention von GrSR Thomas Hauser. Das Museum verzeichnet ca. 40'000 Eintritte pro Jahr. Hievon sind ca. 15'000 SchülerInnen, welche das Museum zum grossen Teil als Schulklassen besuchen. Es verbleiben somit 25'000 Eintritte. Bei einem angenommenen Eintritt von Fr. 5.-- pro BesucherIn ergibt das einen Betrag von gut 100'000 Franken. In Deutschland resultierte nach der Erhebung von Eintritten ein BesucherInnenrückgang von 50%. Die Frage des Eintrittes wurde auch in der GPK eingehend diskutiert, ebenso im Kulturrat. Der Kulturrat wird sich dazu Ende Januar 2001 äussern. Was die budgetierten Eintrittsgelder von 29'500 Franken anbetrifft, so resultieren diese aus Sonderausstellungen. Bezüglich des Finanzausgleichs äussert sich der Kulturreferent skeptisch, was die zeitliche Dimension und den interkantonalen Ausgleich betrifft.

Seite 88 **3019 314.30 Museum Stemmler Unterhalt Gebäude u. Anlagen**

Alfred Zollinger (SVP) beantragt eine Erhöhung dieser Position von Fr. 50'000.-- auf Fr. 150'000.--. Er begründet dies damit, dass die vorgesehenen Umbauarbeiten in einem Zuge durchgeführt werden könnten und so gewisse Umtriebe und Immissionen, wie sie bei einem etappenweisen Vorgehen anfallen, entfallen würden. Der Budgetbetrag von Fr. 50'000.-- ist für die Umgestaltung des Eingangsbereiches vorgesehen. Weiter stehen noch Aufwändungen für eine Gas-Zentralheizung, die Wandisolation und die Fenster an, Totalbetrag ca. Fr. 150'000.--.

SR K. Schönberger wendet sich gegen eine Aufstockung des Budgets 2001. Begründung: Das Konzept für das "Wie weiter?" im Stemmlermuseum und damit für die weiteren Sanierungsschritte fehlt noch.

Esther Bänziger (SP) findet, dass es noch weitere Positionen gäbe, die man im Budget 2001 aufstocken könnte. Nach Rücksprache mit Markus Huber, dem Konservator des Museums, kommt sie zum Schluss, dass die angesprochenen Arbeiten zwar gemacht werden müssen, aber das Vorziehen nicht zwingend sei.

SR T. Feurer bedankt sich für den Antrag Zollinger, "weil er ein Bekenntnis zu diesem Haus ist. Die Fam. Stemmler ist der Stadt nochmals grosszügig entgegen gekommen und zwar im Zusammenhang mit den Brandabschnitten, welche neu definiert werden mussten. Mit diesem Museum besitzen wir ein Kleinod, dem wir Sorge tragen müssen. Die erwähnten Arbeiten sind nötig. Trotzdem mache ich Ihnen beliebt, die Sanierung wie geplant mit einer ersten Etappe 2001 durchzuführen. So können wir Ihnen nächstes Jahr ein Konzept vorlegen, wie es dann weiter gehen soll."

Alfred Zollinger (SVP) zieht seinen Antrag zurück. Er wünscht jedoch, dass die Sache im Jahr 2002 abgeschlossen werden kann.

Seite 90 **3020 434.20 Stadttheater Billetverkauf und Miete**

Theresa Derksen (CVP) erkundigt sich, ob man den Billetverkauf und die Mieten nicht auf separaten Konten verbuchen könne. Weiter möchte Sie die Gründe für den Rückgang der Erträge in Erfahrung bringen.

Peter Käppler (SP) möchte ebenfalls wissen, weshalb dieser markante Einnahmerückgang budgetiert wurde (Minus Fr. 150'000.-- zum Budget 2000). Er vermisst im Kommentar einen diesbezüglichen Hinweis.

SR Th. Feurer verweist auf das Gegenkonto 3020 318.55 Entschädigung an Gastspielbühnen, Orchester usw., welches im Vergleich zum Budget 2000 einen Rückgang von 160'000 Franken aufweist. Es sind einige Produktionen weniger vorgesehen. Es handelt sich dabei um solche, welche nicht als stadttheaterkonform eingestuft wurden (Vermeidung von hohem technischen Aufwand). Gewisse Produktionen werden heute in der Kammgarn durchgeführt.

Die Erhöhung des Gesamtnettoaufwandes resultiert z.T. aus einer Anpassung der Aushilfen-Stundenlöhne, welche die Stadt flächendeckend, d.h. in allen Referaten für die niedrigsten Löhne vorgenommen hat. Die Aushilfen im Stadttheater und auch im Museum haben wie das Reinigungspersonal bis zum Herbst des letzten Jahres für Fr. 16.--/16.50 pro Stunde gearbeitet. Diese Löhne wurden generell angehoben auf einen Betrag von min. Fr. 18.55.

SR Feurer stellt in Aussicht, auch den Kontenplan des Stadttheaters analog Museum mit der ZV zu überarbeiten und eine Trennung von Billetverkauf und Mieten vorzunehmen.

Seite 91 **3020 314.30 Stadttheater Unterhalt des Gebäudes**

SR K. Schönberger macht darauf aufmerksam, dass im Kommentar das letzte Wort *Tanne* zu streichen sei.

Seite 96 **3095 365.14 Beitrag an Kultur in den Kammgarn Fr. 60'000.--**

365.15 Beitrag an Hallen für Neue Kunst Fr. 60'000.--

365.17 Beitrag an Betriebsorganisation KiK Fr. 20'000.--

Max Zimmermann (parteilos) möchte wissen, wieviele Leute sich in der KiK bzw. in den Hallen für Neue Kunst engagieren.

SR T. Feurer: In den Hallen für Neue Kunst bezahlen wir keine Löhne. Die Stiftung hat mit der Schaffhauser Wirtschaft einen Partner gefunden, der sich engagiert hat. Dazu kommen auch Beiträge einer anderen Stiftung, welche mit der Sturzenegger-Stiftung zusammen hängt. Die Hallen für Neue Kunst bringen uns etwa 7 - 10'000 BesucherInnen nach Schaffhausen. Sie sind eine Visitenkarte für Schaffhausen, welche uns mit diesen 60'000 Franken relativ wenig kostet.

Die KiK umfasst heute ca. 12 Vollzeitstellen. Dazu kommen sehr viele temporär arbeitende Leute. Die Stadt hat während Jahren die Revision der Buchhaltung der KiK durchgeführt. Das Volumen dieser Buchhaltung ist durch die Ausweitung der KiK-Aktivitäten derart angewachsen, dass es von unserer Fiko zeitlich nicht mehr zu bewältigen war. Daher wurde dieses Mandat zurück gegeben. Da die Stadt SH als Baurechts- und Subventionsgeberin ein grosses Interesse an einer transparenten Buchhaltung hat, wurde mit KiK vereinbart, die Revision einer Revisionsgesellschaft zu übertragen, mit dem gleichzeitigen Auftrag, die Rechnung noch transparenter zu gestalten. Dies benötigt auch einen unternehmensberaterischen Effort dieser KiK-Leute. Hiefür wurde der Betrag von Fr. 20'000.-- eingesetzt.

Josef Eugster (SVP) nimmt Bezug auf die Position

3095 365.14 Beitrag an Kultur in den Kammgarn Fr. 60'000.--

Er stellt fest, dass der Restaurationsbetrieb gut läuft und mit Gewinn arbeitet. Der Verein bezahle aber weder eine Miete noch beteilige er sich an den Infrastruktur-Kosten. Die Energie sei teilweise kostenlos. Der Votant fragt, ob der Beitrag von 60'000 Franken seitens der Stadt noch nötig sei.

Er registriert schliesslich noch, "dass für die Kultur etwa 6 Mio Franken ausgegeben werden. Wenn man dazu zählt, was noch anderweitig dazu kommt, kommt man auf annähernd 8 Mio Franken. Ich muss die Frage stellen, gehen wir davon aus, dass wir uns das längerfristig leisten können?"

SR T. Feurer: "Die letzte Frage müssen Sie beantworten. Da braucht es mehr als eine Doppelsitzung, wenn wir uns einmal darüber unterhalten wollen, was wir uns leisten wollen bzw. können."

Bezüglich der "Kammgarn-Beiz" bemerkt der Kulturreferent, dass diese einen wesentlichen Teil zum Kulturbetrieb beiträgt. "Der Beitrag der Stadt beläuft sich unverändert auf 60'000 Franken, obschon wir in der Kammgarn einen Ganzjahresbetrieb und nicht wie am Anfang einen Sommerbetrieb haben. Der städtische Beitrag wird ergänzt mit dem gleichen Betrag durch einen privaten Förderverein mit dem Namen Contempo. Nach der Ablehnung der Kammgarn-Vorlage durch das Volk hat eine private Genossenschaft - die IG Kammgarn - den gesamten Umbau mit 200'000 Franken Beitrag der Stadt, welcher im Parlament abgesehen wurde, finanziert. Da wurden 1,5 Mio Franken von privaten Leuten investiert, davon wurden ca. 600'000 Franken an Spenden beigebracht. Der ganze Rest wurde über eine Hypothek finanziert. Diese Hypothek muss innerhalb von 15 Jahren amortisiert werden. Das ist für einen Kulturbetrieb eine grosse Last. Die Leute, welche diese Abzahlung garantieren können, sind die Leute dieser Beiz. Es ist also nicht so, dass sich da unten irgend jemand bereichert. Sie wollen Zahlen sehen - die werde ich Ihnen nachliefern. Wir von der Stadt sind froh, dass das in der Kammgarn so "geschmiert" läuft." SR Feurer weist im übrigen darauf hin, dass der Verein KiK diese 10'000 Franken Miete wieder bezahlen muss, welche Max Zimmermann letztes Jahr glücklicherweise aus dem Budget gekippt hat."

Seite 106 **3501 365.70 Beitrag an Freizeitzentren (VSFZ) Fr. 332'000.--**

Ernst Gründler (FDP) "Ich hätte hier eigentlich den GPK-Antrag - Erhöhung dieser Position um Fr. 50'000.-- - erwartet. Ich stelle einen Kürzungsantrag zu dieser Position um Fr. 50'000.-- und zwar im Namen unserer Fraktionsgemeinschaft (zurück) zum Originalbudgetbetrag von Fr. 332'000.--. Seit Jahren versucht unsere Stadt, einen vernünftigen und tragfähigen Konsens zu finden, leider ohne entsprechenden Erfolg. Auch in der GPK hat dies erneut zu langen Diskussionen geführt. SR Widmer hat ein entsprechendes Leitbild für Frühjahr 2001 in Aussicht gestellt. Ich vertrete daher die Meinung, dass es vernünftig sei, vorerst eine Budgetkürzung heute zu beschliessen, um mit dem angekündigten Leitbild sowie Bericht und Antrag einen zusätzlichen Kredit zu sprechen, wenn er gerechtfertigt ist; alles andere wäre Geldverschwendung."

Esther Bänziger (SP) nimmt als GPK-Präsidentin Bezug auf ihre Ausführungen als Sprecherin der GPK zum Eintreten, wo sie den Sachverhalt geschildert hat. Der Klarheit halber sei diese Passage hier wiederholt.

"Der VSFZ ist leider anhaltend nicht auf Rosen gebettet, das Weiterführen der angehörigen Institutionen ist gefährdet. Da dieser Verein jedoch bis heute die **städtische Jugendarbeit** wahrnimmt, scheint es uns ausgeschlossen zu sein, hier etwas aufs Spiel zu setzen. Zudem wurde ja ein Jugendleitbild erarbeitet, das anfangs 01 vorgestellt wird. Also können wir heute sicher nicht etwas in Frage stellen, was ohne Zweifel benötigt wird!

An der letzten GPK-Sitzung war uns der Vermögensbestand des VSFZ nicht bekannt. Wir beschliessen, diesen zu erfragen und je nach dem an Sie heute einen Antrag zu stellen.

Im Jahre 00 musste der Verein Fr. 90'000.-- seines Vermögens einfließen lassen, so dass dieses heute knapp Fr. 40'000.-- beträgt. Logisch, dass dieses nicht weiter anzutasten ist - es müssen ja Löhne bezahlt werden.

So beantragt Ihnen die GPK, für den VSFZ einmalig und befristet bis Sommer 01 zusätzlich Fr. 50'000.-- ins Budget 01 aufzunehmen, und zwar mit 5:1 Stimmen, bei einer Enthaltung. Wir haben dieses Thema eingehend diskutiert und sind klar der Meinung, dass die städtische Jugendarbeit endlich auf eine tragfähige Basis gestellt werden muss. Wir erhoffen uns, dass im Frühjahr 01 die Weichen für eine Strukturänderung gestellt und die Umsetzung des Leistungsauftrags an die Hand genommen werden kann. Frau Stadträtin Veronika Heller hat die Idee für dieses Vorgehen in die GPK eingebracht. Es muss einfach unter allen Umständen vermieden werden, dass jetzt Kündigungen ausgesprochen werden müssen. Der Antrag kommt übrigens heute direkt, weil die Vermögenslage des Vereins geklärt werden musste.

Die GPK-Präsidentin wiederholt den Antrag, zusätzlich zu den 332'000.-- einen Kredit von Fr. 50'000.-- zu sprechen.

Peter Käppler (SP) nennt die Jugendarbeit in der Stadt Schaffhausen ein trübes Kapitel. "Sie ist im Budget 2001 zwischen Spielplätzen und Ferienlager angesiedelt." Der Votant kritisiert die Streichung, welche ohne triftige Gründe zu nennen, beantragt werde. Er schliesst sich dem Votum der GPK-Präsidentin an und fände es fatal, in der jetzigen Situation den Beitrag zu kürzen. Er bestätigt, dass der Verein schwierige Zeiten auf der Führungsebene durchgemacht habe. Es wurde umstrukturiert und eine sehr fähige Leitung eingesetzt. Er bittet um Geduld, bis das Jugendleitbild da ist. "Für heute bitte ich Sie dringend, dem Antrag der GPK zu folgen."

SR W. Widmer: "Ich weiss nicht, ob GPK-Mitglied Gründer noch da war, als ich die Situation "in extenso" erläutert habe. Das hat sehr viel Zeit in Anspruch genommen. Wir haben sehr viele Materialien zu dieser Problematik auch mitgeliefert. Vielleicht war er nicht mehr hier, darum sage ich es noch einmal."

Nachfolgend der Originaltext aus dem GPK-Protokoll vom 15. Nov. 2000:

"Wenn man das jetzige Angebot aufrechterhalten wollte - 4 Säulen: Jugendberatung, Jugendkeller, Jugendhaus Freizeitwerkstätte im Dreispitz -, würde man 440'000 Franken benötigen.

- Rückzug Ref Kirche (Jugendberatung, 100%-Stelle, ca. Fr. 90'000.--)
- Gemeindebeitrag Neuhausen, Kürzung um Fr. 18'000.-- (von Fr. 23'000.-- auf 5'000.--), da eigener Jugendtreff
- dito Kanton: Kürzung um Fr. 10'000. --
Total: ca. Fr. 118'000. -- Subventionen Dritter
- Vereinsvermögen: Durch Kompensation in den letzten Jahren gegen O - Liquidität ist jetzt gefährdet.

Was sind die Alternativen?

Bei einem Budget, das mit rund 25% weniger auskommen muss, sind Leistungs- und Personalabbau unumgänglich.

Die Vereinsleitung und die Sachbearbeitung im Schulreferat haben Szenarien ausgearbeitet, welche Leistungen des VSFZ auf das Kerngeschäft reduzieren. Diese sind vom Vorstand (kleiner und grosser) abgesegnet; dies unter der Voraussetzung, dass die GPK und das Parlament beim vorliegenden Budgetbetrag bleiben.

Ich habe der Präsidentin, Frau M. Reutimann, gesagt, sie soll keinen Personalabbau in die Wege leiten, bevor nicht am 5. Dez. 00 definitiv bekannt ist, welche Mittel dem VSFZ im nächsten Jahr zur Verfügung stehen. Dann ist noch die 30-tägige Referendumsfrist anzuwarten. Erst dann ist Handlungsbedarf angesagt.

Die Beschränkung der Tätigkeit des VSFZ auf das Kerngeschäft würde bedeuten:

- Schliessung des Jugendkellers (Rückgabe an Stadt, Vermietung); darüber liesse sich diskutieren, weil sich das Freizeitverhalten der Jugendlichen verändert hat.
- Streichung Praktikantenstelle im Jugendhaus
- **Reduktion Jugendberatung um 55%!**
- Unterbringung Jugendberatung in städt. Räumen
- keine Öffentlichkeitsarbeit, keine Werbung/CD-Auftritt
- Abtretung der Freizeitwerkstätte Dreispitz an die Stadt (Vermietung möglich)

Das Jugendleitbild ist inzwischen fertig gestellt. Es ist eine sehr gute Sache. Wenn dieses auch noch zerrissen wird und in den Papierkorb wandert, dann bedaure ich das zu tiefst. Man sollte dort investieren, wo auch wieder etwas zurück kommt - in der Jugendarbeit!"

SR Widmer bittet in Kenntnis dieser Situation den Rat, "dem Antrag der GPK zuzustimmen und nicht willkürlich zu sagen, wir führen das jetzt zurück auf 282'000 Franken. Ich sage Ihnen noch etwas: Mit dem, was wir in der Stadt Schaffhausen bezüglich Jugendarbeit machen, können wir uns gar nicht rühmen. Wenn man das in Vergleich stellt mit anderen Städten der gleichen Grössenordnung, muss man sich fast ein wenig schämen. Es wäre fahrlässig, heute dem Antrag Gründer zuzustimmen."

Thomas Hauser (FDP) bestätigt die Diskussionen in der GPK. Er verweist jedoch darauf, dass er an der GPK-Sitzung deponiert habe, dass er sich mit einer Beitragserhöhung nicht anfreunden könne, weil bereits vor einem Jahr diese 50'000 Franken unter dem Titel "einmalig" gesprochen wurden, da sich die ev. Kirche und die Gemeinde Neuhausen zurück gezogen haben. "Ich habe gesagt, wenn noch ein Vereinsvermögen da ist, wird zuerst dieses heran gezogen und die Differenz dazu nehmen wir zusätzlich ins Budget auf. Die Vermögenslage wurde inzwischen geklärt. Es beträgt ca. 40'000 Franken. Um diese Summe reduzieren wir den einmaligen Beitrag. So habe ich zugestimmt, und in diesem Sinne unterstütze ich den Antrag Gründer."

Esther Bänziger (SP) wehrt sich vehement gegen diesen Antrag. "Wir haben zusätzlich 50'000 Franken beantragt; jetzt wollen Sie noch 40'000 Franken streichen! Wir machen uns lächerlich. Wir bemühen uns, für die ältere Bevölkerung gute Verhältnisse zu schaffen, aber für die Jugendarbeit wollen wir kein Geld ausgeben. Wenn wir uns diese 50'000 Franken nicht mehr leisten können, dann - gute Nacht!"

Iren Eichenberger (OeBS) unterstützt ihre Ratskollegin Esther Bänziger. "Es ist sehr wichtig, dass wir jetzt nicht am falschen Ort sparen. Wir können schon sagen, die Jugend ist uns egal, und so tun, als würde es sich tatsächlich nur um Freizeitzentren und Freizeitwerkstätten handeln. Das ist nicht der Fall. Es geht vor allem auch um die Jugendberatungsstelle. Die leistet in ihrer Tätigkeit viel Regenerationsarbeit für Probleme, die in dieser Gesellschaft heute einfach anfallen. Wir können diese Jugendlichen nicht einfach ignorieren und wegstellen; das heisst, wir können dies natürlich tun, das hat dann aber Folgen. Das hat z.B. die Folge, dass sie nachher stationäre Aufenthalte brauchen, die dann vielleicht 500 Franken kosten pro Tag, sei es in einer Drogen-Rehabilitation, sei es in einer Klinik anderswo oder sei es meinetwegen im Gefängnis, in einer Strafanstalt. Das sind alles Aufwendungen, die dann irgendwann einmal anfallen. Das ist nur die Kostenseite."

Aber wenn man bedenkt, was man an Potenzial von jugendlichen Leuten verschleudert, die mit diesen bescheidenen 50'000 Franken Mehraufwand auf die richtige Bahn gebracht werden können, müssen wir uns schon überlegen, ob wir so etwas verantworten können."

Josef Eugster (SVP): "Wir sprechen seit vier Jahren über diese Angelegenheit und es funktioniert in diesem VSFZ nicht. Wenn wir diese 50'000 Franken streichen - diesen Antrag kann ich unterstützen -, dann bereinigen wir möglichst schnell einmal das Leitbild und sprechen dann das Geld, das hierfür nötig ist."

Annina Keller (JPS) versteht zwar das Argument von Thomas Hauser, dass man letztes Jahr schon von einem "einmaligen zusätzlichen Beitrag" gesprochen habe und nun wieder sagt "einmalig". Aber letztes Jahr hätte man auch einhellig die Auffassung vertreten, dass diese Beratungsstelle eine wichtige Aufgabe ist, welche der VSFZ in der Stadt SH wahrnimmt. Der VSFZ fülle mit der Jugendberatung eine Lücke, welche Stadt und Kanton nicht füllen können. An dieser Situation habe sich nichts geändert. Das Leitbild sei angekündigt und man wisse in etwa, wohin es gehe. Die Votantin plädiert deshalb für die Aufstockung des Budgetbetrages um 50'000 Franken.

Peter Möller (GB): "Thomas Hauser, Du kannst - wenn Du Dir treu bleiben willst - unmöglich dem Antrag Gründer zustimmen, selbst wenn der Verein 200'000 Franken Vermögen hätte, weil der Antrag Gründer ein Kürzungsantrag ist. Der Votant hält das Ansinnen für verfehlt, jetzt durch eine Budgetkürzung Leute auf die Strasse zu stellen, um nachher aufgrund des Leitbildes feststellen zu müssen, dass wir die Leute brauchen, sie aber schon entlassen haben. P. Möller plädiert dafür, den von der GPK beantragten Zusatzbetrag von 50'000 Franken zu sprechen.

Peter Kämpfer (SP), welcher selbst eine Zeit lang im Vorstand des VSFZ Einsitz hatte, nimmt Bezug auf das Votum von Josef Eugster, der ausgesagt hatte, es sei in den letzten vier Jahren nichts gegangen. Der Votant hält fest, dass ein neues Konzept erstellt worden sei und eine Führung installiert worden sei, welche funktioniere. Ebenso funktioniere die Jugendberatung. Er weist darauf hin, dass sich der Kanton und die Kirche aus der Finanzierung zurück ziehen und diese der Stadt überlassen, obschon insbes. von der Jugendberatung auch Auswärtige profitieren - Stichwort: Zentrumslasten. Was im übrigen das Vereinsvermögen in der Grössenordnung von 40'000 Franken anbelange, so sei dies das absolute Minimum, was angesichts des MitarbeiterInnenbestandes und der zu bezahlenden Löhne nötig sei."

Andres Bächtold (SP) plädiert dafür, von Schuldzuweisungen abzusehen und nicht die Angestellten des VSFZ oder die Jugendlichen, welche die Jugendberatung beanspruchen, zu bestrafen. Er verweist auf die Beratungen in der GPK, wo diese Angelegenheit ausführlich besprochen worden sei. Man habe dort festgestellt, dass für die Beibehaltung des bisherigen Betriebes (4 Säulen) im Budget 2001 100'000 Franken fehlen. Die Finanzreferentin habe dann angesichts des in Aussicht gestellten Leitbildes den Vorschlag gemacht, einen Zusatzkredit von 50'000 Franken zu beantragen, damit der Betrieb wenigstens für das erste Halbjahr 2001 gesichert werden könne. Damit sei auch das Parlament gefordert, das Jugendleitbild im ersten Halbjahr zu behandeln und die Sache zu einem Abschluss zu bringen. "Die Jugendarbeit wird uns etwas kosten. Es bleibt uns also nichts anderes übrig, als diesem Zusatzkredit zuzustimmen und auf die Vorlage zu warten."

Marlise Stöckli (EVP) unterstützt den Antrag der GPK, weil der Betrag in erster Linie für die Jugendarbeit eingesetzt werde.

"Wenn wir hier sparen, so werden wir das Geld an anderer Stelle in weit höherem Ausmass wieder einsetzen müssen - für verwahrloste Jugendliche."

Esther Bänziger (SP) vermerkt, dass im Budget 2001 ein Betrag von 332'000.-- figuriere. Es sei in der GPK keine Sekunde über eine Kürzung dieses Betrages diskutiert worden, sondern lediglich über eine Erhöhung um 50'000 Franken für das 1. Halbjahr 2001.

Rolf Amstad (SP) ist Mitglied des Vorstandes des VSFZ. Er attestiert der neuen Vereinsführung, dass diese eine ausgezeichnete Arbeit leistet. Er bittet den Rat, dem neuen Vorstand und der Umsetzung des Leistungsauftrages, welcher sich aus dem Leitbild ergeben wird, eine Chance zu geben. Es wäre jetzt der absolut falsche Zeitpunkt, irgendwelche Kürzungen vorzunehmen.

Herbert Distel (CVP): "Ernst Gründler hat von einem Antrag der Fraktionsgemeinschaft gesprochen. Ich konnte leider aus beruflichen Gründen nicht an der Budgetsitzung der Fraktion teilnehmen. Die CVP macht Jugend- und Familienpolitik. Ein Teil der CVP wird dem Antrag der GPK zustimmen unter der Prämisse, dass dieser Erhöhungsantrag wirklich zum letzten Mal gestellt wird."

Thomas Hauser (FDP) ortet aufgrund der Voten von Esther Bänziger und Peter Möller ein Missverständnis. "Ich spreche davon, dass man die von der GPK beantragte Erhöhung von 50'000 Franken um das noch vorhandene Vereinsvermögen von 40'000 Franken auf 10'000 Franken kürzt. Das habe ich schon in der GPK in diesem Sinne deponiert. Im Klartext heisst dies: Erhöhung des Budgetbetrages von Fr. 332'000.-- um 10'000 Franken auf neu Fr. 342'000.--."

Jakob Deppe (FDP): "Darf ich vielleicht mein grosses Erstaunen über den Verlauf der heutigen Sitzung kundtun? Ich fühle mich ein wenig im falschen Film. Was wir jetzt machen, ist allerbeste Wirtschaftsförderung. Ich sehe schon morgen in den Medien stehen: Das Schaffhauser Stadtparlament will sparen, es spart erstens einmal bei der Kultur - das ist jetzt "Gott sei Dank" nicht gelungen und jetzt an der Jugendarbeit. Die Jugend ist unser Kapital. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg. Schrauben Sie diesen Betrag möglichst tief herunter. Die Kosten kommen dann auf einer anderen Seite ganz bestimmt zurück!"

Esther Bänziger (SP) zitiert aus dem GPK-Protokoll vom 15. Nov. 2000:

Antrag und Abstimmung:

Unter der Prämisse, dass die Vermögenslage des Vereins es nicht erlaubt, die Sicherstellung des Betriebes bis Mitte 2001 selber zu gewährleisten und die Weichen im Frühjahr 2001 für eine Strukturänderung und Umsetzung des Leistungsauftrages gestellt werden, wird die GPK dem Parlament beantragen, den Beitrag 2001 um max. Fr. 50'000.-- zu erhöhen (Pos. 3501 365.70)

"Die Vermögenslage des Vereins erlaubt es nicht, selber noch etwas dazu beizutragen."

Stadtpräs. M. Wenger nimmt Bezug auf das Votum von Peter Kämpfer, welcher die Kirche erwähnt hat, welche sich aus der Finanzierung der Jugendarbeit beim VSFZ zurück gezogen hat. "Die Kirche profitiert von vielen Bauinvestitionen der Stadt. Wir schauen, dass die Pfarrer nicht von den Kanzeln fallen, dass die Glocken läuten, wenn es ihnen gefällt. Der zweite Partner in diesem grossen Rückzugsgefecht ist der Kanton. Diesem geht es exzellent. Wir haben gehört, er schliesst mit einer "roten Null" ab. Schliesslich bleibt noch der Rückzug der Gemeinde Neuhausen. Diesen haben Sie diese Diskussionen zu verdanken."

Alfred Zollinger (SVP) beantragt folgenden Mittelweg, um das Problem zu lösen: "Der Beitrag an den VSFZ soll bei Fr. 332'000.-- belassen werden, d.h. keine Kürzung und keine Aufstockung. Es wurde gesagt, dass das Leitbild im Januar 2001 verfügbar sei."

Da erwarten wir Anträge an das Parlament und "geben Gas", so dass das Leitbild und allf. Kreditanträge speditiv verabschiedet werden können. Wir geben kein Geld auf Vorrat."

Iren Eichenberger (OeBS) macht A. Zollinger darauf aufmerksam, dass sein Antrag keine Lösung darstellt. Die MitarbeiterInnen des VSFZ stünden in einer ungewissen Situation, was ihre berufliche Zukunft beim VSFZ anbetrifft. Sie würden nicht warten bis zum Tage X, an dem der letzte Lohn ausbezahlt werden könne, sondern sie würden sich jetzt umorientieren. "Genau das möchten wir vermeiden, dass die jetzigen guten Leute weggehen, und wir sie nachher nicht mehr haben."

SR W. Widmer spricht sich ebenfalls gegen den Antrag Zollinger aus und verweist auf die 3-monatige Kündigungsfrist. Er erinnert daran, dass das Jugendleitbild im Januar 2001 vorgestellt werde. "Die Arbeit wird am 11. Dezember 2000 abgeschlossen, verbunden mit einem Leistungsauftrag. Wenn das Resultat so wäre - woran ich nicht glaube -, dass Kündigungen ausgesprochen werden müssen, so haben wir wenigstens das Geld - mit dieser Erhöhung um 50'000 Franken -, bis Ende Juni 2001 das bisherige Angebot aufrecht zu erhalten. So könnten wir Ende März 01, falls das Parlament das wünscht, gemäss OR diese Kündigungen aussprechen. Nur darum geht es. Es geht also nicht nur um Jugendarbeit, sondern auch um soziale Aspekte."

Raphaël Rohner (FDP): "Ich möchte eine Lanze brechen für die Jugendarbeit. Es ist tatsächlich so, dass man sich in der Stadt Schaffhausen in der Politik vornehmlich über diejenigen Jungen aufhält, die nicht so heraus gekommen sind, wie sie sollten. Es ist richtig, wir müssen uns diesen auch annehmen. Aber hier haben wir es doch mit Jugendlichen zu tun, die sich engagieren und auch mit Leuten in einem Vereinsvorstand, der jetzt endlich unter guter Führung steht. Ich bin der Ansicht, obschon das Budget auch mir nicht gefällt, dass hier am falschen Ort gespart wäre. Meine Damen und Herren vom Stadtrat: Wenn wir schon sparen wollen, dann erwarte ich viel mehr, dass in diesem Massnahmenplan konkrete, greifbare Sparvorschläge umgesetzt werden, die sich nachhaltig auswirken. Natürlich kann man mir entgegenen, in verschiedenen Positionen Kleines gespart, ergibt auch einen grösseren Betrag. Das stimmt. Aber an diesem Ort zu sparen - das lassen Sie sich sagen von jemandem, der auch während 20 Jahren aktiv in der Jugendarbeit tätig war - wäre falsch und ein falsches Signal gegenüber denjenigen Jugendlichen, die sich in unserer Stadt engagieren."

ABSTIMMUNGEN

Antrag von Th. Hauser (FDP) - Erhöhung der Position 3501 365.70 um 10'000 Franken auf Fr. 342'000.-- versus

Anträge von A. Zollinger (SVP) und Ernst Gründler (FDP), welche den Beitrag bei Fr. 332'000.-- belassen wollen.

Ernst Gründler (FDP) präzisiert an dieser Stelle seinen sog. Kürzungsantrag. Er ging vom durch den GPK-Antrag aufgestockten Betrag von Fr. 382'000.-- aus.

Der Antrag von Th. Hauser (FDP) obsiegt mit **31 : 6 Stimmen**.

Antrag der GPK-Mehrheit - Erhöhung der Position um Fr. 50'000.-- versus Antrag von Th. Hauser (FDP)

Der Antrag der GPK-Mehrheit obsiegt mit **34 : 8 Stimmen**.

Seite 108 **3900 Kirche**

Bernhard Egli (OeBS) nimmt Bezug auf den Umstand, dass sich die Kirche vor einem Jahr finanziell aus der Jugendarbeit beim VSFZ verabschiedet hat. "Bei den Organisten bezahlt die Stadt etwa 55% der Saläre, bei den Heizungskosten und Orgelrenovationen etwa 60%. Ich stelle keinen Antrag, fordere jedoch den SR auf, die Zusammenarbeit mit der ev. Kirche in Sachen Finanzen zu überprüfen und zu klären, ob man diesen Schlüssel etwas ändern kann. Es ist richtig, wenn die Stadt bezüglich Jugendarbeit federführend wird, aber vielleicht anteilmässig bei der Orgel- und Glockensanierung sowie bei den Heizkosten etwas zurück fährt."

SR K. Schönberger weist darauf hin, dass die kirchlichen Gebäude nicht den Landeskirchen gehören. Daher hat die Stadt die Pflicht, die Kirchen zu unterhalten; dazu gehören auch die Orgeln und Glocken.

Für Peter Möller (GB) ist es schon klar, dass die Stadt die Kirchen nicht zu Ruinen verkommen lassen kann. Aber die Organisten und die Heizung würden doch zur Hauptsache von der Kirche benötigt. Das wäre zu überdenken.

Iren Eichenberger (OeBS) nimmt Bezug auf die Besoldungen der Organisten. Sie vertritt die Meinung, dass die Kirche mit Konzerten und Orgelspiel auch einen Kulturbeitrag leistet und dieses Kulturgut seit Jahrhunderten unterhält. Das sollte der Stadt diese 90'000 Franken wert sein.

Seite 114 **4500 Bekämpfung von Alkoholismus und Drogen****365.54 Beitrag an Verein für Jugendprobleme u. Suchtmittelfragen**

Max Zimmermann (parteilos) stellt fest, dass dies keine Bekämpfung, sondern ein Unterhalt ist. Er nimmt Bezug auf die Vorlage des SR vom 16. Mai 00 - *Projekt heroingestützte Behandlung in der Stadt SH* und erkundigt sich, ob hierfür schon etwas im Budget sei oder nicht.

SR Th. Feurer antwortet, dass noch nichts budgetiert sei, da das Projekt einer Volksabstimmung unterbreitet werden muss.

Zur Bemerkung betr. Unterhalt nimmt der Sozialreferent wie folgt Stellung: "Was die Angehörigen dieses Vereins VJPS täglich tun im "Schärme, im TASCH, in der Beratungsstelle, in der Gassenküche gegen diese Probleme, welche diese Gesellschaft verursacht, ist eine riesige Arbeit, die wahrscheinlich niemand von uns über eine längere Zeit tun würde. Es ist richtig, es ist Symptombekämpfung. Diese Leute werden jetzt von Ihnen quasi als Unterhalter dieser Szene tituiert. Das finde ich ein relativ starkes Stück. Ich spreche den Leuten des VJPS meinen herzlichen Dank aus, dass sie für die Gesellschaft und damit auch für uns diesen Job tun.

Was die Kosten anbetrifft, so werden vom Bund wesentlich tiefere Beiträge in Aussicht gestellt, der Kanton wird dies sicher nicht kompensieren, so dass die Hauptlast wieder bei der Stadt hängen bleibt."

Max Zimmermann (parteilos) stellt richtig, dass er nicht die Arbeit des VJPS kritisiert oder herab gewürdigt habe. "Ich habe den Titel der Position 4500 - Bekämpfung - aufgegriffen. Was hier erledigt wird, ist eine ganz andere Aufgabe. In Zukunft soll es so benannt werden, wie es auch gehandhabt werden muss."

Seite 138 **5 Altersheime Totalisierung Nettoaufwand 1,243 Mio Franken**

Ernst Gründler (FDP) "Der Nettoaufwand hat sich gegenüber den Vorjahren kontinuierlich erhöht; ein Ende ist nicht abzusehen. Für das 2001 sollen über 1 Mio Franken an Steuergeldern dafür eingesetzt werden - natürlich ohne echte Vollkostenrechnung. Hier sei die Frage erlaubt: Können wir uns das noch leisten?"

Auf der anderen Seite beklagt sich die Finanzreferentin, dass immer mehr SozialempfängerInnen zu verzeichnen sind, weil scheinbar die hohen Altersheimtaxen kaum mehr bezahlt werden können. Das mag sicher so sein und ist für unsere Stadt sehr unerfreulich. Um so unverständlicher ist der Umstand, dass der Stadtrat nicht von sich aus die Altersheimtaxen entsprechend der Teuerung und der negativen Rechnungen aller städtischen Altersheime anhebt. Als klassische Beispiele möchte ich die Altersheime am Kirchhofplatz und das Künzleheim/Huus erwähnen, welche im Vergleich zur Steig und zum Wiesli um durchschnittlich Fr. 10.-/Tag günstiger sind. Tatsache ist, dass die erstgenannten Heime Kirchhofplatz und Emmersberg modern und attraktiv sind, also eine massvolle Preisanpassung vertretbar ist. Die GPK hat eine interessante Vergleichsübersicht aller städtischen Altersheime erhalten. Darin ist ersichtlich, dass die Pensionspreise für 2001 überhaupt nicht angehoben werden sollen. SR Widmer ist trotz diesem scheinbaren Wahlversprechen nicht wieder gewählt worden. Das Alterswohnheim "La Résidence", das auf privater Basis geführt ist, erhält die gleichen Ausgleichszahlungen wie die Stadt und darf keinen Verlust erwirtschaften, ansonsten droht diesem der Untergang. Das Altersheim Steig produziert gemäss transparenter Vollkostenrechnung nach WOV gegen eine halbe Million Verlust. Ich frage Sie: Ist dies weiterhin noch tragbar? Sicher nein. Mittelfristig müssen die Heime auf eine andere Basis gestellt werden."

SR W. Widmer weist darauf hin, dass man bei der Beurteilung des Gesamt-Resultates die Entwicklung der Abschreibungen berücksichtigen müsse, welche von der Rechnung 99 zum Budget 2001 eine Erhöhung von ca. 500'000 Franken erfahren haben. Trotzdem werden einzelne Heime in der Rechnung 2000 gut abschliessen. "Wenn man mir einen Vorwurf nicht machen kann, Herr Gründler, dann den, dass sich die Rechnungen der Altersheime in den letzten 12 Jahren negativ entwickelt hätten. Während 11 Jahren wurden die Taxen jeweils angepasst. Dieses Mal nicht, weil eine Schallgrenze erreicht wurde und die Rechnung ausgewiesen hat, dass es nicht zwingend ist, daraus noch Profit zu schlagen. Es wird sicher so sein, dass auf das Jahr 2002 wieder eine Anpassung erfolgen wird. Das Haus am Bach ist ein Haus, welches einen grosszügigen Grundriss aufweist. Es wurde 1989 erstellt, die Leute haben dort eine Kochgelegenheit - sie kochen selber - und bezahlen 60 Franken. Wenn man das mit 30 hochrechnet, ergibt dies auch 1'800 Franken. Da sind wir ihm Rahmen. Wir können uns im Quervergleich bei allen Heimen wirklich sehen lassen. Das sieht auch der Gesamtstadtrat so. Wir können sogar stolz sein. Jetzt sage ich etwas zum letzten Mal. Ich habe der GPK eine 7-seitige Dokumentation geliefert. Vielleicht haben Sie das auch nicht angeschaut, Herr Gründler."

SR T. Feurer verweist in diesem Zusammenhang auf die Seite 122, Position 5000 360.00 - Beiträge an die AHV und die Ergänzungsleistungen, wo ein Anstieg von der Rechnung 98 (4,265 Mio) auf 4,9 Mio Franken im Budget 2001 zu verzeichnen ist - also über 600'000 Franken. "Da muss ich Ihnen sagen, dass da ein grosser Teil der Aufenthaltskosten in den Heimen über Ergänzungsleistungen finanziert wird, welche eben über dieses Konto abgewickelt werden. Es gibt viele Pensionärinnen und Pensionäre, welche diese Taxen schon längst nicht mehr bezahlen können."

Thomas Hauser (FDP) weist den Vorwurf von SR Widmer und von der linken Seite zurück, man hätte die Unterlagen nicht studiert. Wenn diese dann in der Fraktion diskutiert würden und sich daraus Fragen ergäben, sei es legitim, diese Fragen hier zu stellen.

SR T. Feurer äussert sich an dieser Stelle noch zur Entwicklung der **Sozialhilfekosten**. "Wir liegen im Moment bei den Sozialhilfekosten 20% über dem Vorjahr. Wir haben die Sozialhilfekosten im Budget 2000 etwas nach unten korrigiert, weil wir auch die Vorgaben der anderen Städte kannten und sich diese dort auch in etwa erfüllt haben. In Genf, im Kanton Wallis und in Schaffhausen hat sich dies ganz anders entwickelt. Wir liegen im Vergleich Rechnung 2000 zum Budget 2000 per Ende Oktober 45% über dem Budget. Es ist nicht so, Herr Mittler, dass wir die Leute in Schaffhausen einfach grosszügig behandeln, sondern wir haben sehr viele Sozialhilfefälle. Von den 300 Leuten, die bei Walter Plieninger KIGA nicht mehr stempeln, sind 150 mehr oder weniger direkt bei uns gelandet. Das bereitet mir unheimlich Sorgen. Das bedeutet nebst hohen zusätzlichen Kosten auch sehr viel Mehrarbeit für die MitarbeiterInnen im Sozialreferat. Bei den Mehrausgaben sticht vor allem die Position **364.10** heraus, nämlich die **Unterstützungen für Aufenthalte in Heimen und Spitälern** bei den Kostenstellen 5840, 5860 und 5870. Dort allein verzeichnen wir bis Ende Oktober eine Kostensteigerung von über 400'000 Franken. Diese Steigerung resultiert vornehmlich aus Drogenrehabilitationen, die jetzt bei etwa 10 - 12 Fällen angelangt sind, gegenüber 2 Fällen vor der Räumung der Drogenszene. Da gibt es ein lachendes und ein weinendes Auge. Ich möchte Sie im Hinblick auf die Behandlung der Rechnung 2000 auf diese Situation hinweisen."

Edgar Mittler (FDP) akzeptiert die Aussage des Sozialreferenten. "Ich schätze die Arbeit, die da geleistet wird. Ich weiss, dass auch von anderen Orten bewusst Leute in die Stadt SH geschickt werden, weil sie da mehr oder weniger in der Anonymität verschwinden. Das finde ich schlimm, ich weiss aber nicht, was man dagegen tun kann." Der Votant nimmt Bezug auf die besagte Pressekonferenz, wo er sich dazu geäussert hat. Er hat angeregt, zu prüfen, ob diese SozialhilfeempfängerInnen das Geld tatsächlich für ihren Lebensunterhalt benötigen. Es gebe auch Leute, die das Geld für andere Zwecke verwenden würden. "Ich habe jedoch nie verlangt, man müsse diese Ausgabenposition reduzieren."

SR T. Feurer zeigt sich froh darüber, dass E. Mittler die Sache so sieht. Das städt. Sozialreferat hält sich strikte an die Weisungen des Bundes und des Kantons. In einigen Bereichen gehe die Stadt SH sogar unter die Vorgaben des Kantons. Der Sozialreferent weist noch darauf hin, dass ein grosses Problem der Arbeitslosen die mangelnde Flexibilität bezüglich der Arbeitsplatzwahl darstellt. Im Raum Schaffhausen boomt die Wirtschaft noch nicht; dies im Gegensatz zur Agglomeration Zürich. Da braucht es die Bereitschaft und den Willen dieser Leute, eine gewisse Distanz zwischen Wohnort und Arbeitsort zu akzeptieren. Bei den günstigen Mietzinsen im Raum Schaffhausen sieht T. Feurer auch eine Kehrseite hinsichtlich des Bevölkerungs-Mixes. Er würde es begrüessen, wenn in Schaffhausen mehr Wohnraum - grössere und komfortablere Wohnungen - für sozial besser gestellte Leute angeboten werden könnten, damit dies zu einem besseren Bevölkerungsmix führen würde.

Edgar Mittler (FDP) ist erfreut, von Stadtrat Feurer zu hören, dass es im oberen Preissegment in Schaffhausen zu wenig Wohnungen habe, und dass da gewisse Anstrengungen notwendig seien. Es seien dank der Wirtschaftsförderung einige Firmen nach Schaffhausen zugezogen. Aber deren Manager wohnen leider nicht hier, weil wir ihnen kein entsprechendes Wohnungsangebot machen können.

Seite 166 **6200 314.02 Strassenverkehrsanlagen - Bauten für den öff. Verkehr**

Josef Eugster (SVP) moniert wie schon in früheren Jahren, dass diese Bauten in die Rechnung des ÖV gehören; ebenso die Position 620 501.10 auf Seite 236 der Investitionsrechnung.

SR V. Heller "Diese Position wurde von der SVP-Fraktion schon verschiedentlich in Frage gestellt. Deshalb hat sich die VK VBSH am 28. Juni 2000 mit dieser Frage vertieft auseinandergesetzt. Sie ist bezüglich "Verbuchung der Infrastrukturkosten Öffentlicher Verkehr" im wesentlichen zu folgendem Schluss gekommen:

- die den Konten "Nahverkehr" belasteten Infrastrukturkosten werden nicht nur von den VBSH verursacht, bzw. von diesen genutzt;
- auch andere Transportunternehmen nutzen z.B. die Bushaltestellen;
- die Bushaltestellen werden nicht nur von den Fahrgästen genutzt, sondern auch von Leuten, nicht auf den Bus gehen;
- die Bushäuschen werden von der APG bezahlt; dieser Vertrag datiert von 1997 und hat eine Laufzeit von 15 Jahren; das Gegenrecht der APG, diese als Werbeflächen zu nutzen, hat mit den VBSH nichts zu tun;
- die VBSH brauchen keine Busnischen, von diesen profitiert vor allem der Individualverkehr, weil der Verkehrsfluss nicht gehemmt und weil die Busse gefahrlos überholt werden können;
- es ist schweizweit üblich, dass die Infrastruktur- und Haltestellenkosten von den Gemeinden getragen werden und nicht von den öffentlichen Transportunternehmen;
- die VBSH tragen andererseits Kosten, die zur Erfüllung ihres Transportauftrages nicht zwingend nötig sind; z.B. die CRT-Filter, welche der Luftreinhaltung dienen und die Rechnung der VBSH mit zusätzlichen Dieselkosten von rund Fr. 40'000.--/Jahr belasten; private Transportunternehmen (z.B. Welte-Furrer) denken nicht im Traum daran, solche CRT-Filter einzubauen;
- im Vergleich zu anderen Transportunternehmen verfügen die VBSH über eine sehr transparente Rechnung, die auf die Zeit meines Vorgängers zurückgeht. Schweizweit einmalig ist, dass die VBSH über kein Eigenkapital verfügen und die Finanzierung zu 100 % über Darlehen erfolgen muss, die zu Marktkonditionen verzinst werden müssen;
- die Zahl der Fahrgäste stagniert seit einiger Zeit - u.a. ist das vor allem eine Folge des steten Bevölkerungsrückgangs in Schaffhausen;
- allenfalls können die aufgeworfenen Fragen im Zusammenhang mit der Einführung von WOV neu diskutiert werden und zwar umfassend und nicht beschränkt auf die Verkehrsbetriebe.

Wenn man jetzt an diesen Kostenbelastungen punktuelle Änderungen vornehmen würde, würde man das Problem nicht lösen - die VBSH würden jedoch als Betrieb in ihrer Marktfähigkeit auf unverantwortliche Art und Weise geschwächt. Ich weiss nicht, ob das Ihre Absicht ist."

Max Zimmermann (parteilos) weist darauf hin, dass unsere Busse angesichts des Unterbaus gewisser Strassen einfach zu schwer sind, was diese Spurrinnen verursacht. So werden durch die schweren Busse nicht nur die Strassen kaputt gefahren, sondern auch die Werkleitungen in Mitleidenschaft gezogen. "Der frühere Finanzreferent hat uns damals bestätigt, dass uns der ÖV nicht das kostet, was hier ausgewiesen ist, sondern es seien über 10 Mio Franken, was uns dieser mit allem "drum und dran" kostet. Man muss sich in der heutigen Zeit überlegen, was der ÖV uns kosten darf." Der Votant erwähnt als Stichwort den 7 Minuten-Takt bzw. die Optimierung der Auslastung der Busse. Er stellt den ÖV nicht in Frage, er sei notwendig. Aber es stelle sich die Frage, wie viel Luxus da drin sein dürfe."

SR V. Heller nimmt Bezug auf das Gesetz über den regionalen ÖV, für das sie sich sehr eingesetzt habe und das auf kantonaler Ebene durchgebracht worden sei. "Das ist ein erster Schritt der Strategiekommission.

Es wird weitere Schritte geben. Das wird eine ganz harte Auseinandersetzung mit dem Kanton geben. Wenn wir es nicht fertig bringen, das Gesetz zur Förderung des Öffentlichen Verkehrs zu einer fairen Lösung zu bringen, werden wir in der Stadt keine Chance haben mit einer Volksabstimmung. Ich hoffe sehr, dass wir so geschickt vorgehen, dass wir nachher immer noch einen sehr guten ÖV haben. Luxus haben wir keinen, aber einen sehr guten ÖV. Darüber freue ich mich auch."

Josef Eugster (SVP) nennt als Beispiel die Spurrinne bei der Haltestelle Waldfriedhof, welche nicht durch andere Verkehrsteilnehmer verursacht worden sei. Sein Vorstoss erfolge im Interesse einer transparenten Rechnung, von der heute Abend sehr oft gesprochen worden sei. "Ich habe keine Mühe damit, wenn der ÖV ein Defizit von 7 Mio Franken einfährt. Der ÖV darf etwas kosten. Aber die erwähnten Kosten gehören in die Rechnung der VBSH. "

Peter Kämpfer (SP) nimmt Bezug auf das Votum von Max Zimmermann. Der 7 Minuten-Takt sei aus Gründen der Kapazität eingeführt worden und nicht, weil die Chauffeure mit leeren Bussen herum fahren wollen. Der Votant findet eine saubere Trennung zwischen Infrastruktur (Strassenverkehrsanlagen) und VerkehrsteilnehmerInnen sinnvoll. Die Kosten für die Strassen und Anlagen könnten nicht gerecht auf sämtliche VerkehrsteilnehmerInnen verteilt werden.

Roland Schöttle (FDP) führt aus, dass es nicht die Absicht von Josef Eugster sei, den Bus in Frage zu stellen, sondern die Kostentransparenz zu verbessern. R. Schöttle nennt jedoch das Beispiel Busnischen, welche sowohl dem ÖV als auch dem privaten Verkehr dienen und daher einen Grenzfall darstellen. Wenn man diese Busnischen dem ÖV belasten würde, könnte dieser zum Schluss kommen, auf diese Nischen zu verzichten, womit niemandem gedient wäre. "Da müssen wir aufhören, Erbsen zu zählen und den Grundsatzentscheid fällen, ob wir den ÖV wollen oder nicht. Ich erinnere da an den "Runden Tisch", wo wir ganz klar gesagt haben, dass der ÖV - in der Qualität, in der wie ihn jetzt haben - erhalten bleiben soll. Dafür müssen wir uns einsetzen."

Seite 180 **7500 314.00 Klusbach im Urwerf, Renaturierung Fr. 120'000.--**

Max Zimmermann (parteilos) stuft diese Massnahme als Luxus ein.

SR K. Schönberger führt aus, dass darüber bereits in der GPK gesprochen wurde. Zitat aus dem GPK Protokoll vom 15. Nov. 2000: "Die Renaturierung des Klusbachs im Gebiet Urwerf ist fester Projektbestandteil von SH500. Die Cilag unterstützt das Vorhaben mit Fr. 20'000.--. Nachdem das Projekt in den letzten Jahren immer wieder dem Sparstift zum Opfer fiel, besteht nun die Möglichkeit, im Zusammenhang mit den Jubiläumsaktivitäten zu SH500, dieses nachhaltige Projekt endlich zu realisieren. Der Kanton unterstützt dieses Projekt mit einem Beitrag von Fr. 60'000.-- (Pos. 461.00), so dass die Stadt noch 40'000 Franken aufbringen muss. Die Realisierung ist nicht zwingend, aber wünschbar."

Bernhard Egli (OeBS) bezeichnet als Kernstück der ganzen Sache die Durchgängigmachung der Fussverbindung vom Urwerf ins Breitequartier. Es bestehe nun die Möglichkeit, diese Verbindung, welche schon lange auf der Wunschliste stand - zusammen mit diesem Projekt zu realisieren. Es werde dieser Fussweg durchgängig gemacht, das Areal begrünt, man könne den dortigen Landwirtschaftsbetrieb der Eingliederungsstätte etwas erweitern und den Bach renaturieren. Der Votant bittet dringend, diese Position im Budget zu belassen, da die Stadt dieses Projekt sonst nie mehr für netto 40'000 Franken realisieren könne.

Max Zimmermann (parteilos) war nicht bekannt, dass dieser Fussweg wieder durchgehend gemacht wird. "Das zu tun, ist vernünftig. Ich stelle keinen Antrag auf Streichung."

Der Votant verweist bei dieser Gelegenheit auf die Brunnen beim Munot und an der Bushaltestelle Feldstrasse, bei welchen das Wasser nurmehr fast tropft und nicht mehr fliesst. Er fragt, ob man das Wasser aus Kostengründen zurück gedreht habe (Installation von Wasserzählern in den Haushaltungen).

SR K. Schönberger hört davon heute zum ersten Mal. Er wird der Sache nachgehen. Für heute nur soviel: "Der Bach im Urwerf läuft natürlich ohne Wasseruhr."

Seite 206 **9050 406.00 Ertrag Hundesteuern Fr. 98'000.--**

Max Zimmermann (parteilos) kritisiert, dass diese Einnahmen dem Bereich Finanzen und Steuern gutgeschrieben werden. Nach seiner Meinung sollte dieser Betrag jener Abteilung gutgeschrieben werden, welche die Robidog-Körbe leert und die Beutel nachfüllt sowie den Kot auf Strassen und Plätzen entfernt.

SR K. Schönberger bemerkt, dass diese Arbeiten durch Leute des Tiefbauamtes erledigt werden.

Seite 210 **9420 314.41 Kammgarn, Trakt Klosterstr.: Fenstersanierung**

Max Zimmermann (parteilos) erkundigt sich, wie oft hier noch solche Beträge im Budget erscheinen. Das Gebäude figuriere im Finanzvermögen, wir hätten kein Recht, jedes Jahr solche Beträge zu bewilligen.

SR T. Feuerer erklärt, dass dies die letzte Tranche der Fenstersanierung sein werde. "Es war ja so, dass die Stiftung das letzte Jahr eine Heizung eingebaut hat. Seit diesem Herbst sind die Hallen für Neue Kunst auch in der Wintersaison geöffnet. Daher hat es sich aufgedrängt, auch diese letzte Etappe noch zu sanieren. Andererseits ist es so, dass dieses Gebäude der Stadt gehört und wir verpflichtet sind, es zu unterhalten."

IV. Investitionsrechnung - ab Seite 219

Seite 226 **200 Kindergärten**

Verena Stutz (SP): "Ich bedaure als Stadtschulrätin ausserordentlich, dass keine Mittel für die Sanierung von Kindergärten vorgesehen sind. Die sog. "Ruppli-Bauten" Kessel- und Eichenstrasse, welche als Notlösung "anno domini" erstellt wurden und schon vor 20 Jahren eine problematische Situation hatten, wären dringend zu sanieren. Die Eternitbauten sollten dringend saniert werden; der Stadtschulrat weist schon seit fünf Jahren darauf hin. Die Bauten sind nicht unterkellert und sind schlecht isoliert. Der Boden ist eiskalt und das Klima ungesund. Von den Heizkosten wollen wir nicht sprechen. Auch in den Munotkindergärten ist die Situation sehr unbefriedigend. Dort ist es der Pilzbefall, der Sorgen bereitet, die Gesundheit der Kinder bedroht. Ich erwarte, dass die im Investitionsprogramm vorgesehenen Finanzen für 2002/03 bereits heute als sakrosankt anerkannt werden. Es darf keine weiteren Verzögerungen für diese Sanierungen geben."

SR K. Schönberger: "Frau Stutz hat recht bis zum Schlusssatz. Es stimmt, dass inbes. die sog. "Ruppli-Bauten" in einem desolaten Zustand sind. Wir haben uns entschlossen, ein Gesamtpaket auszuarbeiten. Es gilt, insgesamt vier Kindergärten zu ersetzen. Mit Sanierungen können Sie hier wirklich nichts machen. Wenn Sie das ins Budget hinein nehmen wollen, dann geht das nicht und zwar wegen der Kompetenzen. Ein Ersatz einer "Ruppli-Baute" kostet nach Schätzungen des Hochbauamtes 1 Mio Franken, d.h. wir müssen ein Gesamtpaket für eine Volksabstimmung schnüren."

Im Investitionsprogramm hatten wir zwei solche Ersatzbauten vorgesehen. Wir mussten nach der 5. Lesung des Investitionsprogramms nochmals über die Bücher und haben zusammen mit dem Schulreferenten gesagt, jetzt nehmen wir eine Baute hinein. Es gibt aber eine andere Variante. Beispielsweise im Kessel gibt es im Kirchenzentrum St. Konrad freie Räume. Da sind wir im Moment daran, abzuklären, ob wir statt eines neuen Kindergartens im Kessel diese freien Räume im St. Konrad belegen möchten."

SR V. Heller: "Es gilt noch etwas anderes zu bedenken. Wir wären froh, wenn uns da der Stadtschulrat im nächsten Jahr behilflich wäre. Sie wissen, dass seit einiger Zeit die Erziehungsdirektoren-Konferenz mittlerweile laut darüber nachdenkt, ob sie nicht eine sog. Basisstufe einrichten soll. Die Kinder, die jetzt freiwillig in den Kindergarten gehen, würden früher zur Schule gehen und in die Schulhäuser integriert. Das hat auf die mittel- und längerfristige Raum- und Finanz-Planung der Kindergärten und Schulhäuser einen relativ grossen Einfluss. Dies ist mit ein Grund, weshalb wir bei den Kindergärten nach Mietlösungen Ausschau halten, um die bestehende Situation verbessern zu können."

Verena Stutz (SP) vertritt die Ansicht, dass diese sog. Basisstufe in den nächsten 2 -3 Jahren noch nicht kommen wird, andererseits die Sanierung der erwähnten Kindergärten wirklich ansteht.

Seite 211 **210 503.23 Primarschulhaus Steingut Mobiliar Fr. 390'000.--**

Max Zimmermann (parteilos) erkundigt sich, ob dies dringend sei. Er denkt allenfalls an einen Abtausch mit der Sanierung der Turnhalle Buchthalen.

SR W. Widmer: "Die Schulanlage Steingut ist 30 - 40 Jahre alt. Nach ergonomischen Gesichtspunkten ist das Mobiliar überhaupt nicht mehr geeignet. Wenn man von Körperhaltung spricht, ist diese Investition ebenso wichtig wie die Sanierung der Turnhalle. Man sollte dies nicht gegen die Turnhalle ausspielen."

Seite 211 **211 503.25 Turnhalle Buchthalen Sanierung 1. Etappe Fr. 420'000.--**

Hans Ith (SVP) "Ich stelle Ihnen als unsportlicher Mensch den Antrag, diese Position entgegen dem Antrag der GPK bzw. des Stadtrates im Budget 2001 zu belassen und die Abstimmung unter Namensaufruf durchzuführen."

SR K. Schönberger erklärt, dass ihm die Sanierung der Turnhalle Buchthalen sehr am Herzen liege. "Die Sanierung war im Budget 2001 drin bis zu jenem Zeitpunkt, wo von der Stadtgärtnerei ein Wiedererwägungsantrag kam für die Einrichtung einer Holzschmelzeheizung im Betrag von 600'000 Franken. Der SR ist diesem Antrag gefolgt, weil Bund und Kanton - befristet bis Ende 2001 - einen Subventionsbeitrag von insgesamt Fr. 195'000.-- leisten, sodass uns diese Anlage schliesslich auf Fr. 405'000.-- zu stehen kommt. Der SR sah sich dadurch gezwungen, quasi als Kompensation die Sanierung der Turnhalle nochmals um ein weiteres Jahr aufzuschieben."

Es folgten nun ca. 20 Wortmeldungen, wobei einzelne Votanten zwei Mal das Wort ergriffen.

In befürwortendem Sinne meldeten sich folgende Ratsmitglieder zum Antrag H. Ith: (Kurzfassung)

Edgar Mittler (FDP): Die Sanierung wurde seit 10 Jahren aufgeschoben. Es sieht dort katastrophal aus. Die Verzinsung beträgt knapp 20'000 Franken, wenn die Sanierung im Jahr 2001 statt erst im Jahr 2002 begonnen wird. Diese Passivzinsen gehen zu Lasten der Laufenden Rechnung, während die 420'000 Franken in der Investitionsrechnung erscheinen.

Thomas Hauser (FDP) spricht die Unfallgefahr (Bodenbelag) an.

Herbert Distel (CVP): Die Sanierung wird seit Jahren aufgeschoben. Boden bricht jetzt dann durch. Die WC-Anlagen sind desolat. Die Situation ist schlimmer als im Stadion Breite.

Andi Tenger (FDP): Der Boden federt, was gefährlich ist.

Hans Ith (SVP): Die Turnhalle Buchthalen ist 48 Jahre alt. Die WC- und Duschanlagen wurden nie saniert. Wenn wir noch zwei Jahre warten, können wir die Turnhalle abbrechen und eine neue bauen.

Bernhard Egli (OeBS) unterstützt den Antrag von Hans Ith unter der Voraussetzung, dass die Dringlichkeit gegeben ist und unter der Prämisse, dass dafür keine andere Position als Kompensation aus dem Budget 2001 gekippt wird.

Hansueli Alder (OeBS): Es wurde seit Jahren kein Unterhalt gemacht, die Sanierung ist dringend.

Peter Kämpfer (SP) kennt den Sanierungsbedarf nicht. Er stemmt sich nicht gegen dieses Vorhaben. Die Dringlichkeit wäre auch noch bei anderen Objekten (Kindergärten etc.) gegeben. Voraussetzung für die Zustimmung ist, dass keine andere Position als Kompensation heraus gestrichen wird.

Roland Schöttle (FDP) hält die Sanierung für dringend nötig. Diese kann als gebundene Ausgabe betrachtet werden. Wenn früher saniert worden wäre, wäre es günstiger gekommen.

Theresa Derksen (CVP) bestätigt als Präsidentin der Damenriege Buchthalen, dass die Zustände wirklich miserabel sind. Die BuchthalerInnen werden seit Jahren getröstet.

Für Alfred Zollinger (SVP) ist es ganz klar, dass bei der Turnhalle Buchthalen endlich einmal mit der Sanierung begonnen werden muss.

Im kritischen Sinne meldeten sich folgende Ratsmitglieder zum Antrag von Hans Ith:

Bea Hauser (SP) stellt die Notwendigkeit der Sanierung nicht in Frage. Aber sie kritisiert die SVP, weil man jetzt während Stunden vom Sparen, Schuldenabbau, Zinsen runter, Abschreibungen hoch gesprochen habe und dies sowohl dem Stadtrat als auch im Parlament selbst angemahnt habe. Nun werde wieder eine höhere Verschuldung in Kauf genommen. Sie würde es begrüßen, wenn aufgrund einer Gesamtvorlage entschieden werden könnte. Im übrigen stört es sie, dass man sich bezüglich der dringenden Sanierung der Kindergärten ohne Widerrede mit einem Aufschub abgefunden habe. Schliesslich bittet sie Hans Ith, auf eine Abstimmung unter Namensaufruf zu verzichten.

SR W. Widmer weist darauf hin, dass seit 10 Jahren von dieser Sanierung gesprochen werde, Pläne gezeichnet wurden usw. Immer wieder musste aus finanzpolitischen Gründen eine Sanierung verschoben werden. Nach seiner Ansicht sollte diese Sanierung, welche zweifelsohne nötig ist, spätestens im Jahr 2002 in

Angriff genommen werden. Er fände es jedoch nicht sinnvoll, diesen Betrag von 420'000 Franken jetzt noch ins Budget 2001 hinein zu zwängen.

SR V. Heller: "Die Schwierigkeit ist, sich bei den limitierten verfügbaren Mitteln darauf zu beschränken, was man noch für vertretbar hält. Herr Mittler hat recht, diese Investition belastet die Laufende Rechnung nicht sehr wesentlich, aber wir müssen die erforderlichen finanziellen Mittel aufnehmen. Das führt wieder zu den Diskussionen: Wo sparen, wo nicht? Ich bitte Sie, bei dem zu bleiben, was hier steht. Ich bitte die Buchthalerinnen und die Buchthaler, sich noch ein Jahr zu gedulden. Deshalb mein Appell, sich dem Antrag von Hans Ith nicht anzuschliessen, obschon ich es ihm gönnen möchte, wenn er noch einen Antrag kurz vor Jahresende durchbrächte."

Esther Bänziger (GPK-Präsidentin) hält verschiedene Positionen für dringend bis sehr dringend: Sanierung der Kindergärten, Schulhaus-Möbiliar, Sanierung der Turnhalle in Buchthalen, auch die Bachtturnhalle befinde sich in einem "tollen" Zustand, Informatikanschaffung in den Orientierungs-Schulhäusern. Da aber den ganzen Abend vom Sparen geredet wurde, sei sie nicht sicher, was vorab die bürgerliche Seite effektiv wolle.

Peter Möller (GB) informiert den Rat, dass diese Sanierung in der GPK hinterfragt worden sei und man sich dort nach den Gesamtkosten erkundigt habe. Auskunft:

1. Etappe 2001 gemäss Kommentar Budget S 227 Fr. 420'000.--
2. Etappe 2002 Sanierung der Garderoben und Duschen/ Windfang, Treppenhaus und WC-Anlagen total ca. Fr. 465'000.--
3. Etappe 2003 Anbau: grösserer Innengeräteraum und Materialraum total ca. Fr. 200'000.-- Gesamttotal Fr. 1,085 Mio Franken.

Der Streichungsantrag der GPK - auf Wunsch des SR - erfolgte erst später.

Die Ratspräsidentin fragt Hans Ith an, ob er die Abstimmung unter Namensaufruf wünscht, was von diesem bejaht wird. Das notwendige Quorum von 10 Stimmen wird nicht erreicht - es ergeben sich nur 7 Stimmen für eine Abstimmung unter Namensaufruf.

Abstimmung

**betr. Pos. 211 503.25 Turnhalle Buchthalen, Sanierung Fr. 420'000.--
(Investitionsrechnung)**

Der Rat beschliesst auf Antrag von Hans Ith (SVP) mit 30 : 4 Stimmen, den Betrag von Fr. 420'000.-- im Budget 2001 zu belassen. (Der Streichungsantrag war vom Stadtrat via GPK eingebracht worden.)

Die Ratspräsidentin unterbricht an dieser Stelle die Sitzung für 10 Minuten, d.h. von 22.20 - 22.30 Uhr.

Seite 226 **211 506.00 Informatikanschaffungen für die Orientierungsschulen**

Alfred Zollinger (SVP) verweist auf den Kommentar auf Seite 227, wo steht: *Anschaffung von Informatikgrundausrüstung für die Schulhäuser Alpenblick, am Bach, Buchthalen, Emmersberg, Gega, 1. von 2 Etappen.* Er erkundigt sich, was mit den budget. 450'000 Franken effektiv gemacht werde.

SR W. Widmer erklärt, dass der Kommentar nicht mehr stimmt. Anlässlich der Budgetberatung im SR musste der im Rohbudget vorgesehene Betrag gekürzt werden. Das Gesamtbudget für die Informatik der Orientierungsschulen sieht einen Betrag von knapp 1,3 Mio Franken vor. Mit dem Budgetbetrag 01 von 450'000 Franken will man alle O'schulhäuser bauseits einrichten, so dass im Budget 2001 der Betrag für die Hard- und Software aufgenommen werden kann und man mit einem halben Jahr Verspätung mit dem Informatikunterricht an den städt. Schulen starten kann. Es macht keinen Sinn, in einer ersten Etappe lediglich einige wenige Schulhäuser bauseits aufzurüsten und mit Soft- und Hardware zu bestücken. Es gibt nun aber auch eine Option - daran wird jetzt gearbeitet - mit tauglichen Occasions-Geräten zu arbeiten, die man gemäss Aussagen von Fachleuten noch aufrüsten müsste. Jedenfalls kann man nicht davon ausgehen - obwohl ich diese Verzögerung bedaure - dass man in einen Rückstand gerät, der irreversibel ist und Schaden verursachen wird."

Stadtpräsident Marcel Wenger: "Ich bin SR Widmer a.o. dankbar, dass er noch eine Arbeitsgruppe eingesetzt hat und vor allem die baulichen Voraussetzungen sicher geschaffen werden können, um diesen Informatikunterricht an den Schulen rechtzeitig starten zu können. Meinerseits habe ich von der Wirtschaftsförderung her die Kontakte geknüpft mit der Wirtschaft und habe von Anfang an das Ziel verfolgt, Computer zu benützen, die in der Wirtschaft nicht mehr benötigt werden, die aber noch gut sind. Wir haben von der UBS Schweiz - dafür möchte ich mich ganz herzlich beim Generaldirektor für Informationstechnologie bedanken - die Zusicherung, dass wir morgen Mittwoch, den 6. Dezember 2000 170 Computer vom Typ Compaq 4000 S Pentium I gratis erhalten. Wir werden diese zu günstigen Preisen nachrüsten. Wir werden uns überlegen - an einem Muster-Arbeitsplatz bei den Städt. Werken, welchen wir der Schule zur Verfügung stellen können -, welche Aufrüstung wir vertretbar machen können. Ich bin zuversichtlich, dass wir Ihnen innerhalb der gesetzten Frist - 1. Halbjahr 2001 - einen entsprechenden Nachtrags-Kredit beantragen können, wenn wir die genauen Kosten kennen. Wir werden das tun, um uns nicht dem Vorwurf aussetzen zu müssen, die städt. SchülerInnen würden bei einem verzögerten Start mit dem Informatikunterricht gegenüber den übrigen Gemeinden im Kanton benachteiligt."

Bernhard Egli (OeBS) erkundigt sich, ob die budgetierten 450'000 Franken reichen, um die von der UBS grosszügigerweise geschenkten Computer auch in Betrieb nehmen zu können - nicht dass diese dann während Monaten unbenützt herum stehen. Dem Votanten scheint es wichtig, die Computer möglichst schnell einsetzen zu können. Eine Aufrüstung könne auch später erfolgen. In der Schule müsse man nicht jeden Wunsch, den eine auf EDV spezialisierte Lehrkraft habe, in allen Computern noch integrieren.

Alfred Zollinger (SVP) weist darauf hin, dass das Schulhaus Breite von der UBS bereits ausgerüstet worden sei. Die Leute seien begeistert. Die Gemeinde Merishausen sei bereits im letzten Jahr entsprechend versorgt worden. Es seien noch weitere Gemeinden in der Schweiz, welche von der Fusion UBS/SBV profitiert haben und diese praktisch neuen Geräte benützen können.

Verena Stutz (SP) ist etwas misstrauisch als Mitglied der entsprechenden Arbeitsgruppe, welche sich wirklich ernsthaft Gedanken gemacht hat um die Anschaffung dieser Computer. Sie befürchtet durch den Einsatz von Occasions-Geräten unterschiedlichen Typs ein "Flickwerk" und einen Mehraufwand bezüglich der Betreuung. In drei Jahren müsste auch die Primarstufe mit Computern ausgerüstet werden.

Peter Möller (GB): "Wenn Sie in 3 Jahren die Primarschule ausrüsten müssen, werden Sie ohnehin nicht mehr die gleichen Computer finden, die Sie heute kaufen. Ich sehe da überhaupt kein Problem, wenn man jetzt Occasions-Pentium-Computer zum Nulltarif erhält und diese evtl. mit Bildschirm, zusätzlichem Arbeitsspeicher usw. nachrüsten muss. Da kommt man mit 3 - 400 Franken pro Gerät wahrscheinlich durch. Dann könnte meine Hoffnung in Erfüllung gehen, dass man allenfalls mit einem kleinen Nachtragskredit anfangs 2001 die Sache noch bis Beginn Schuljahr 2001/2002 unter Dach und Fach bringen wird. Ich würde das sehr begrüßen.

Ernst Gründler (FDP) begrüsst die Initiative des Stadtpräsidenten. Ebenso findet er das Vorgehen mit einem allf. Nachtragskredit für die Aufrüstung der Geräte i.O. Dies sei eine ausgezeichnete Lösung.

Alfred Zollinger (SVP) wendet sich an Verena Stutz mit dem Hinweis, dass die von der Bank zur Verfügung gestellten 170 Geräte alle vom gleichen Typ seien.

Seite 228 **214 503.10 Musikschulen; Sanierung Fr. 200'000.--**

SR K. Schönberger weist darauf hin, dass die Sanierung nicht die Lokalität Münsterplatz betrifft, sondern Rosengasse.

Seite 230 **301 503.30 Kammgartrakt Baumgartenstr.**

Nutzung 5. OG für naturkundliche Lagerbestände Fr. 600'000.--

Max Zimmermann (parteilos) verweist auf die Volksabstimmung vom 15. Mai 1994, welche die seinerzeit vorgesehene Nutzung abgelehnt habe. Aus dem Scherbenhaufen heraus sei dann die Genossenschaft IG Kammgarn entstanden, welche das Unter-, Erd- und 1. Obergeschoss zur langfristigen Nutzung gemietet und sich in der Folge u.a. die KiK mit guter Arbeit und Erfolg installiert habe. "Nachdem man beim 2. und 3. OG versucht hat, den Volksentscheid zu umgehen, musste ich eine Beschwerde einreichen und es wurde eine Volksabstimmung durchgeführt - es ging damals um die Ebnöther-Sammlung. Das Volk hat hier Ja gesagt. Jetzt gibt es noch ein 4. und ein 5. Obergeschoss. Vom 4. OG habe ich nichts mehr gehört. Das 5. OG soll gemäss Budget 2001 nun für Naturkundliche Lagerbestände bereit gestellt werden. Im Kommentar auf Seite 231 findet sich der Hinweis: *Davon sind Fr. 200'000.-- für die Überführung aus dem Finanzvermögen in das Verwaltungsvermögen vorgesehen.* Der Votant möchte wissen, was überführt werde. Wenn etwas vom Finanzvermögen ins Verwaltungsvermögen überführt werde, habe das Parlament dann nichts mehr zu sagen. Die Stadt müsse das Gebäude unterhalten und man könne keine Volksabstimmung mehr durchführen. Max Zimmermann fragt, ob wir uns dieses Vorgehen leisten können, nachdem in der Kammgarn jetzt schon 1,8 Mio Franken (3 x 600'000 Franken) am Volk vorbeigeschleust worden seien. "Ich möchte nicht, dass man nachher wieder sagen kann, der SR macht was er will und nicht, was wir bestimmt haben. Diese Beträge befinden sich immer an der "Schneegrenze". Weil das Volk 1994 Nein gesagt hat, geht es nicht an, mittels Salomitaktik etwas durchzudrücken. Aus meiner Sicht fehlt noch das 4. Obergeschoss. Das 4. und 5. OG sollten in einem Aufwisch vor das Volk.

Dann könnte man dies auch vom Finanzvermögen ins Verwaltungsvermögen überführen, wir hätten nicht mehr zu sagen und wir hätten eine saubere Sache."

SR T. Feurer: "Ich wusste gar nicht, dass es ein 5. OG gibt. Das 4. OG befindet sich in der Dachschräge, da ist die IWC platziert. Das Erdgeschoss und das 1. OG sind im Baurecht abgegeben. Richtigstellung durch die Redaktion: ... sind vermietet. Da brauchen wir nichts zu überführen. Das 2. und 3. OG haben wir aufgrund der Intervention von Max Zimmermann so abgewickelt, wie es sein muss - via Volksabstimmung. Das 5. OG bietet einen idealen Platz, um alle naturkundlichen Sammlungsgegenstände an einem Ort zusammen zu führen und durch die Mitglieder der Naturforschenden Gesellschaft aufzuarbeiten. Der Rat tut nichts Unrechtes, wenn er dies so bewilligt. Der Boden im 5. OG muss isoliert werden. Das hätten wir ohnehin machen müssen, weil das "IWC-Geschoss" jetzt beheizt wird. Dies kostet etwa 40'000 Franken. Die Sanierung des Bodens, die Isolation der Dachschräge mit den Luken und die elektrische Minimalausrüstung kosten 400'000 Franken.

Wir haben uns mit der Naturforschenden Gesellschaft Schaffhausen abgesprochen. Die Situation sieht so aus, dass von den 1,366 Mio Reparationsleistungen noch genau Fr. 400'985.-- im Fonds drin sind. Der Verkehrswert des Raumes im 5. OG beträgt nach Schätzung des Amtes für Grundstückschätzungen Fr. 187'000.--. Sanierungsaufwand von 400'000 Franken plus Verkehrswert ergeben in etwa diese 600'000 Franken. Für die Überführung des Vermögens von 200'000 Franken müssen wir kein Geld in die Hand nehmen." Der Kulturreferent bedauert, dass der Fonds mit der Entnahme von 400'000.-- leer sein wird. Die Naturforschende Gesellschaft habe jedoch ihr Einverständnis dazu gegeben. Erfreulicherweise habe die Sturzenegger-Stiftung ihre Bereitschaft durchblicken lassen, sich an den Infrastrukturkosten zu beteiligen, obschon dies im Stiftungszweck nicht vorgesehen sei. Sie habe sich in der Regel auf Ankäufe zu konzentrieren. T. Feurer signalisiert dem anwesenden Zentralverwalter Th. Jaquet, die Position 301 662.00 Entnahme aus dem Fonds für Naturhistorisches Museum (Konto 22.362.10) um Fr. 100'000.-- auf Fr. 400'000.-- zu erhöhen, damit die Einrichtung dieser "Box" im 5. OG der Kammgarn in einem Aufwisch gemacht werden könne. Im übrigen erscheine die Einnahmenseite aus der Überführung von 200'000 Franken vom Finanz- in das Verwaltungsvermögen in der Bilanz.

"Wir haben den Vorgaben auf Heller und Pfennig nachgelebt. Im übrigen sind die von Max Zimmermann erwähnten drei Tranchen à 600'000 Franken jedes Mal mit dem Budget dem fakultativen Referendum unterstellt worden. Daher kann nicht von einer Salami-Taktik gesprochen werden."

Bernhard Egli (OeBS) freut sich, dass nun endlich etwas geschieht mit den naturkundlichen Beständen. Die Reparationszahlung in der Höhe von 1,366 Mio Franken sei nach dem Krieg durch die Amerikaner geleistet und durch die Stadt dummerweise nicht verzinst worden. Wenn diese verzinst worden wäre, dann hätte man einen wesentlichen höheren Betrag im Fonds. In der Zwischenzeit seien verschiedene Massnahmen damit finanziert worden, so dass - wie von SR Feurer erwähnt - zur Zeit noch 400'000 Franken im Fonds seien. Der Votant plädiert dafür, diesen Fonds jetzt nicht auf Null herab zu setzen, sondern bei der budget. Entnahme von 300'000 Franken zu bleiben, weil der 5. OG ja auch noch eingerichtet und die Sammlung aufgearbeitet und instand gestellt werden müsse. B. Egli bezeichnet es im übrigen als ein Glücksfall, dass man mit der Kammgarn einen Ort gefunden habe, wo man dieses Sammelgut platzieren kann, nachdem versch. andere Standorte zur Diskussion gestanden haben.

Max Zimmermann (parteilos) erklärt sich von der Stellungnahme von SR Th. Feurer befriedigt; ebenso kann er das Votum von Bernhard Egli nachvollziehen.

Peter Möller (GB) hätte Mühe, wenn man die Entnahme aus dem Fonds jetzt einfach um 100'000 Franken erhöhen würde.

SR T. Feurer ist froh, wenn der Rat bei der budgetierten Entnahme von 300'000 Franken bleibt. "So verbleibt mehr Spielraum für die Anliegen der Naturforschenden Gesellschaft. Die Stadt ist seinerzeit die Verpflichtung eingegangen, einen Ersatz für das Naturhistorische Museum am Herrenacker zu schaffen. Jetzt bauen wir lediglich ein Dachgeschoss aus. Da sind wir diesen Leute schon noch etwas schuldig. In diesem Sinne begrüße ich es, wenn wir bei diesen Budgetzahlen bleiben können."

Seite 236 **620 501.06 Ausbau von Fuss- und Radwegen** Fr. ---

Bernhard Egli (OeBS) stellt fest, dass für 2001 kein Betrag vorgesehen sei. Er erkundigt sich, ob es im nächsten Jahr tatsächlich nichts zu tun gebe.

SR K. Schönberger erklärt, dass dies mit der Radwegkommission so abgesprochen worden sei.

Thomas Neukomm (SP) registriert, dass bezüglich Radwege in der Stadt Schaffhausen einiges getan wurde. Er sähe jedoch Handlungsbedarf bei den Fusswegen.

SR K. Schönberger verweist auf die Interpellation von Peter Neukomm vom 22.08.00 unter dem Titel *Fusswegnetz*. Bei der Behandlung dieser Interpellation werde sich Gelegenheit bieten, auf dieses Thema einzugehen.

Max Zimmermann (parteilos) macht darauf aufmerksam, dass in der Laufenden Rechnung des Budgets 2001 - Seite 166 Pos. 6200 314.07 - ein Betrag von Fr. 50'000.-- für den Ausbau von Fuss- und Radwegen enthalten ist.

V. Spezialfinanzierungen - ab Seite 252

Seite 254 **1010.32 Fonds für WOV-Abteilung SHPL Fr. 6'200.--**

Erwin Sutter (EDU) erkundigt sich, ob dieser Betrag auf das Altersheim Steig übertragen werden könne, nachdem dieses als Ersatz für die SHPL in den WOV-Versuchsbetrieb aufgenommen wurde.

Thomas Jaquet, Zentralverwalter vertritt die Meinung, dass eine Übertragung nicht richtig wäre, weil dieser Betrag von der SHPL und nicht vom Altersheim Steig erarbeitet worden sei. Allenfalls könne dieser Betrag ausgebucht werden, das hänge vom Entscheid des SR Mitte 2001 ab, ob WOV flächendeckend weitergeführt werde oder nicht.

VI. Stiftungen und Legate - ab Seite 274 - Keine Wortmeldungen

VII. Spezialverwaltungen - ab Seite 296 - Keine Wortmeldungen

VIII. Stiftung Impuls - ab Seite 314

Seite 316 **98 330.10 Stiftung "Impuls"**

Abschreibung uneinbringlicher Forderungen Fr. 5'000.--

Benno Seemüller (CVP) verweist auf den Kommentar auf Seite 317, wo es heisst: *Abschreibung uneinbringlicher Forderungen (zu viel bezahlte Löhne)*.

Frage: "Wie kann man für 2001 Abschreibungen für zu viel bezahlte Löhne budgetieren, wenn noch gar keine Löhne ausbezahlt wurden?"

SR K. Schönberger: "Der Kommentar ist falsch. Die (Klammer)-Bemerkung ist zu streichen."

IX. Sonderschulen - ab Seite 322 - Keine Wortmeldungen

X. Betriebe - ab Seite 328

Christian Hablützel (SP): "Wir haben jetzt die Rappen gespaltet, haben versucht, Sparprogramme zu schreiben und haben uns dann doch entschieden - in der Investitionsrechnung wenigstens - einen Betrag zu erhöhen."

Auf der **Abschreibungsseite der Werke** stelle ich fest - im Gegensatz zur städt. Verwaltung, die sich mit einem Abschreibungssatz von 10% begnügen muss -, dass etwa 80% der total aktivierten Investitionen jeweils abgeschrieben werden. Auf gut deutsch heisst das, dass die Stadt ihre eigenen Einnahmen schmälert. Da könnte man - über alle Betriebe gerechnet - eine Ertragsverbesserung im Budget von 2,5 Mio Franken erreichen. Da hätten wir heute noch ein Erfolgserlebnis; wir kämen nämlich zu einem ausgeglichenen Budget."

Stadtpräsident Marcel Wenger: "Ich bitte Sie, von einer solchen Massnahme Abstand zu nehmen. Wir bewegen uns mit dem Gaswerk und dem Elektrizitätswerk auf die liberalisierten Märkte zu. Es wird so sein, dass die Erträge massiv unter Druck kommen. Wir machen nichts anderes, als die anderen Werke auch. Wir haben ein grosses Interesse daran, stark abzuschreiben, um zu einem späteren Zeitpunkt die Reserven für die liberalisierten Märkte zu besitzen. Das Gaswerk steht zudem schon länger in Konkurrenz zum Heizoel. Wir müssen aufgrund der volatilen Bewegungen der Erdölpreise in Rotterdam immer eine gewisse Reserve haben. Wir müssen uns preislich relativ rasch bewegen können."

Wir haben die Möglichkeit, über die Privatisierungsform der AG dann einiges noch als Darlehen heraus zu nehmen - das ist das, was die Stadt macht und der Kanton nicht macht. Das Darlehen würde dann als Aktionsärtsdarlehen der Holding mit gegeben. Sie können das in der Verselbständigungs-Vorlage nachlesen. Wir haben in der Vorlage bewusst darauf verzichtet, eine überkapitalisierte Gesellschaft zu schaffen, um die Möglichkeit zu schaffen, dass in der Zukunft nicht so stark abgeschrieben werden muss, so dass wir entsprechend viel als Gewinn oder Dividende an die Stadtkasse abliefern können. 2001 wird das letzte Jahr sein, wo wir bei diesen Werken eine gute Abschreibungsrate einsetzen können. Wenn wir das nicht tun, werden wir entsprechende Schwierigkeiten haben, wenn uns der raue Wind der Liberalisierung in die Erträge bläst. Ich bin überzeugt, dass wir mit gut abgeschriebenen Werken im Markt bestehen können, auch wenn eine harte Konkurrenz auf uns zukommt. Ich bitte Sie, keine Anträge zu stellen. Diese würden auch die mit den Verwaltungskommissionen der Werke vereinbarten Ablieferungsbeträge obsolet machen."

Christian Hablützel (SP): "Ich verzichte auf Anträge im Interesse der Zukunft unserer Werke. Trotzdem möchte ich darauf hinweisen, dass wir so ganz bewusst auf 2,5 Mio Einnahmen verzichten."

Bei den Werken passieren solche Beträge den Rat stillschweigend, während im Budget der städt. Verwaltung Beträge von 50 und 100'000 Franken zu grossen Diskussionen führen. Ich möchte sicherstellen, dass wir bei der Verselbständigung der Werke diese Fragen nochmals genau prüfen werden. Was wir abschreiben sollen zu Gunsten einer privatwirtschaftlich orientierten AG, ist eine zweite Frage."

Alfons Cadario (EVP) bittet den Rat als VK-Mitglied des GWW, von Anträgen abzusehen. Sonst würde ein Teil der StadtbewohnerInnen den städtischen Haushalt finanzieren.

Stadtpräsident Marcel Wenger: "Nur noch ganz kurz, Christian Hablützel, die Situation wäre natürlich wesentlich gravierender, wenn wir jetzt planen würden, unsere Werke mehrheitsmässig in fremde Hände zu geben. Das wollen wir aber nicht. Im Gegenteil, wir wollen immer noch das Sagen haben, sowohl in Bezug auf die stillen als auch auf die ausgewiesenen Reserven. Ich möchte jetzt keine Parallele ziehen. Ich habe diesen Kampf im Grossen Rat verloren. Reisende soll man nicht aufhalten. Aber wenn einer sich aus dem Fenster stürzt, muss ich ja nicht nachspringen."

Es folgen keine weiteren Wortmeldungen. Bezüglich der VBSH wurde dem Rat ein Korrekturblatt nachgeliefert.

Somit ist der Voranschlag 2001 durchberaten.

Botschaft des Stadtrates vom 12. Sep. 2000 zum Voranschlag 2001

Peter Neukomm, 1. Vizepräsident, verliest die Seitenzahlen 1 - 8.

Das Wort wird nicht ergriffen.

Anträge

SR Veronika Heller gibt an dieser Stelle noch die definitiven Zahlen der Laufenden Rechnung und der Investitionsrechnung bekannt, so wie sie sich nach der heutigen Budgetberatung darstellen:

Laufende Rechnung des Voranschlages 2001: Defizit von Fr. 2'870'400.--

Investitionsrechnung 2001: Fehlbetrag von Fr. 8'906'800.--.

Der Selbstfinanzierungsgrad beläuft sich auf 51,04%.

Peter Neukomm, 1. Vizepräsident, verliest die Anträge des SR auf Seite 9 der Botschaft.

1. Der Voranschlag für das Jahr 2001 wird genehmigt und gemäss Art. 11 lit. a der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum unterstellt.

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

2. Der Gemeindesteuerfuss wird auf 112% festgesetzt und gemäss Art. 11 lit. b der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum unterstellt.

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

3. Die folgenden Ausgaben werden gemäss Art. 11 lit. d der Stadtverfassung einzeln dem fakultativen Referendum unterstellt:

210.503.30	Schulraumplanung Breite/Steig, Projekt	Fr. 250'000.--
310.503.10	Museum, Sicherheitseinrichtungen	Fr. 250'000.--
301.503.30	Museum; Kammgartrakt Baumgartenstr. Nutzung 5. OG für naturkundl. Lagerbestände	Fr. 600'000.--
350.524.20	KSS; Lüftungsanlagen	Fr. 420'000.--

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

4. Der Stadtrat wird ermächtigt, die im Jahre 2001 benötigten fremden Mittel zu beschaffen.

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

Schlussabstimmung

Der Grosse Stadtrat genehmigt den Voranschlag 2001 der Einwohnergemeinde Schaffhausen mit **42 : 0 Stimmen**.

Das Geschäft ist erledigt.

An dieser Stelle schliesst die Ratspräsidentin die Sitzung, mit dem Hinweis, dass für diese Sitzung ein 3-faches Sitzungsgeld ausbezahlt wird.

Der Ratssekretär:

René Gisler

Nächste Ratssitzung: Dienstag, 19. Dez. 2000